



Landtag von Baden-Württemberg

51. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 20. Dezember 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 12:32 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	3019	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	3031
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Albrecht Schütte	3019	Ministerin Edith Sitzmann	3034
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Georg Wacker	3019	Abg. Gernot Gruber SPD	3041
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Dr. Jörg Meuthen	3019	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	3042
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksachen 16/3000, 16/3318, 16/3319	3020	Beschluss	3043
Abg. Thekla Walker GRÜNE	3020	2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesgebührengesetzes – Drucksache 16/2973	3045
Abg. Tobias Wald CDU	3023	Beschluss	3045
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	3026	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes – Drucksache 16/2995	3045
Abg. Rainer Stickelberger SPD	3029	Beschluss	3045
		Nächste Sitzung	3045

Protokoll

über die 51. Sitzung vom 20. Dezember 2017

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und Ihre Gespräche nach Möglichkeit einzustellen. – Vielen Dank.

Damit können wir beginnen. Einen wunderschönen guten Morgen! Ich eröffne die 51. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Frau Abg. Erikli

(Unruhe)

– ich darf um etwas Ruhe bitten; wir haben schon begonnen –, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Hahn, Herr Abg. Kleinböck, Herr Abg. Kopp und Frau Abg. Neumann-Martin.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Hauk ab 14 Uhr.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Was haben Sie vor, Frau Präsidentin? Müssen wir nachsitzen?)

– Alles gut. Es ist ja schön, wenn wir früher fertig werden. Man weiß ja nie, was der Tag bringt. Insofern ist alles korrekt.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Sehr geehrter, lieber Herr Abg. Dr. Schütte, im Namen des ganzen Hauses alles Gute zum Geburtstag!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Abgeordnete aus dem Parlament verabschieden. Beginnen möchte ich mit Herrn Abg. Georg Wacker.

Sie, lieber Herr Kollege Wacker, gehören dem Landtag seit dem 18. April 1996,

(Abg. Norbert Beck CDU: Um Gottes willen!)

also seit mehr als 20 Jahren, an. Mit Schreiben vom 4. Dezember 2017 haben Sie mir mitgeteilt, dass Sie Ihr Landtagsmandat aufgrund Ihrer zukünftigen Tätigkeit als Geschäftsführer der Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg mit Ablauf des 31. Dezember 2017 niederlegen werden.

In der 12. und der 13. Wahlperiode gehörten Sie, lieber Herr Kollege Wacker, dem Ausschuss für Schule, Jugend und Sport sowie dem Petitionsausschuss an. In der 13. Wahlperiode wirkten Sie außerdem als Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit.

In der 14. Wahlperiode füllten Sie Ihr Amt als politischer Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport mit großem Engagement aus. Danach kehrten Sie in der 15. Wahlperiode als Mitglied in den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport sowie in den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zurück. In der 16. Wahlperiode widmeten Sie sich intensiv zwei weiteren Politikfeldern: Sie arbeiteten im Wirtschaftsausschuss und im Petitionsausschuss mit.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Kollege Wacker, sehr herzlich für Ihre Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Für Ihre neue Aufgabe, aber auch für Sie persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank. – Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine Damen und Herren,

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

wir haben heute einen weiteren Kollegen zu verabschieden, Herrn Abg. Dr. Jörg Meuthen.

Sie, lieber Herr Dr. Meuthen, gehören dem Landtag seit dem 6. April 2016 an. Mit Schreiben vom 28. November 2017 haben Sie mir mitgeteilt, dass Sie Ihr Landtagsmandat aufgrund Ihres Mandats im Europäischen Parlament mit Ablauf des 31. Dezember 2017 niederlegen werden.

Sie, lieber Herr Kollege Dr. Meuthen, gehörten dem Landtagspräsidium, dem Ständigen Ausschuss, dem Ausschuss für Finanzen sowie dem Ausschuss nach Artikel 62 der Landesverfassung an. Ihre Zeit – also von April 2016 bis jetzt – war relativ kurz, dafür aber auch sehr abwechslungsreich.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Schön formuliert!)

Sie haben es u. a., soweit ersichtlich, bisher als einziger Abgeordneter geschafft, Vorsitzender von gleich zwei Fraktionen zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Aber nicht zugleich!)

Auch Ihnen, lieber Herr Dr. Meuthen, danke ich sehr herzlich für die im Landtag geleistete Arbeit. Ich wünsche Ihnen für Ihr neues Mandat, aber auch für Sie persönlich alles Gute, viel Erfolg und viel Glück.

(Präsidentin Muhterem Aras)

(Beifall bei der AfD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und grüßen Sie Europa!)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksachen 16/3000, 16/3318, 16/3319

Meine Damen und Herren, für die Dritte Beratung des Haushalts 2018/2019 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker das Wort.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Debatten in Haushaltsberatungen wirken auf Außenstehende immer etwas abstrakt und schwer fassbar. Aber hinter den Einzelplänen, Titeln, Zahlen und Stellen, über die wir in den vergangenen Wochen intensiv debattiert und beraten haben, stehen ganz konkrete Herausforderungen und Aufgaben, die wir anpacken wollen.

Gern sprechen Finanzpolitiker deshalb bei einem Haushalt von in Zahlen gegossener Politik. Ich finde dieses Bild sehr passend. Ein Haushalt ist die Grundlage dafür, dass die zentralen Herausforderungen angegangen werden können. Genau deshalb ist ein Haushalt mehr als nur ein Zahlenwerk. Er ermöglicht, dass Politik und Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger substanzielle Herausforderungen anpacken und Probleme lösen können, er beauftragt Menschen mit konkreten Aufgaben, er eröffnet Handlungsspielräume, um gegenwärtige und zukünftige Chancen zu ergreifen, und genau das leistet der Doppelhaushalt 2018/2019, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Grundlage dafür ist eine nachhaltige Haushaltspolitik. Die Schuldenbremse ist dafür aber kein Ziel, sondern ein Instrument. Ein ausgeglichener Haushalt ist kein Selbstzweck. Entscheidend ist, ob die richtigen Probleme und Herausforderungen angegangen werden, ob die Altlasten der Vergangenheit reduziert und ob Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnet werden, ob er also im umfassenden Sinn nachhaltig und, wie wir gern sagen, wetterfest ist. Denn es reicht nicht, die Dinge nur richtig zu tun, sondern man muss auch die richtigen Dinge tun. Die Landespolitik ist in dieser Hinsicht unseres Erachtens mit dem Haushalt sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit Blick auf die Einnahmen des Landes können wir festhalten: Wir sind in einer sehr guten Lage.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber diese gute Lage bedeutet auch eine besondere Verantwortung. Wir haben die Verantwortung dafür, den Haushalt so aufzustellen, dass das Land auch dann Kurs halten kann, wenn wir einmal wieder in schwierigeren Fahrwasser kommen.

Dass wir hier auf einem guten Kurs sind, hat uns in den zurückliegenden Beratungen indirekt auch die Opposition bestätigt.

(Zuruf: Aha!)

Die eine Seite wirft uns vor, der Haushalt sei aufgebläht und die Ausgaben seien zu hoch, während uns die andere Seite vorwirft, der Haushalt habe zu viele Reserven und Polster und man müsse viel mehr ausgeben. Beides gleichzeitig kann nicht zutreffen. Die Beratungen haben vielmehr gezeigt, dass beides falsch ist. Der Haushalt ist nicht auf Kante genäht, sondern wetterfest, und wir investieren dennoch kräftig in die wichtigen Zukunftsaufgaben unseres Landes und packen die Probleme an. Deswegen sind wir auf dem richtigen Kurs.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Drei zentrale Aufgaben hatten wir bei der Aufstellung im Blick: Wir leisten unseren Beitrag zum Erhalt einer intakten Natur und Umwelt, wir packen den Transformationsprozess an – wir setzen konsequent auf neue Mobilität –, und wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Boden, Wasser, Luft und die Vielfalt der Arten, das ist die Basis unserer Lebensgrundlagen. Allein der dauerhafte Verlust eines Großteils der Fluginsekten hätte erhebliche Konsequenzen. Von 100 Kulturpflanzen werden 70 allein von Bienen bestäubt. Ich mag mir nicht vorstellen, was es bedeuten mag, wenn diese Milliarden Blüten von Menschenhand bestäubt werden müssten,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Geht das überhaupt? – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

oder was die Stille eines Frühlingmorgens bedeuten mag, an dem man weder Insekten noch Vögel hört, die natürlich ebenfalls von dieser Aussterbewelle betroffen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Daher ist es gut und richtig, dass wir die Mittel für den Naturschutz weiter erhöht haben und in diesem Haushalt erstmals ein Sonderpaket zur Biodiversität schnüren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir gehen damit im Land voran und leisten unseren Beitrag, auch wenn klar ist, dass sowohl national als auch international noch erhebliche Schritte nötig sein werden, um dieses Artensterben zu stoppen.

Es ist die richtige Entscheidung, dass wir in den Klimaschutz investieren, hier als Land unseren Beitrag leisten und im Zusammenschluss mit vielen Regionen in der Welt handeln. Der Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt ist die zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts. An dieser Stelle möchte ich unserem Koalitionspartner ausdrücklich danken, dass wir ihn dafür gewinnen konnten, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen.

(Thekla Walker)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Da freut sich der Koalitionspartner! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So zugeneigt sind wir! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir freuen uns außerdem sehr, dass auch die SPD im Landtag diesen Weg mit uns mitgeht. Umso bedauerlicher finde ich es – das muss ich ehrlich sagen –, dass der geschäftsführende SPD-Außenminister Sigmar Gabriel in einem aktuellen Artikel im SPIEGEL wieder einmal versucht, die Ökologie gegen die Ökonomie auszuspielen, wenn er dort impliziert, der Erhalt von Arbeitsplätzen stünde im Widerspruch zu Umwelt- und Klimaschutz. Ich hoffe nur, dass sich diese Sichtweise bei Ihnen nicht durchsetzt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben Meinungsvielfalt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Haben Sie den Artikel gelesen?)

Genauso bedauerlich und erstaunlich finde ich es, dass auch die FDP diese Herausforderungen im Bereich Biodiversität und Naturschutz offensichtlich nicht sieht. 18 Millionen € sollen nach ihrem Willen im Naturschutz eingespart werden und weitere 18 Millionen € in der Umweltverwaltung. Ökologie und Ökonomie als Gegensätze zu definieren, wie es die FDP auch weiterhin tut, ist die Ideologie aus dem vergangenen Jahrhundert. Das können wir uns schlicht und ergreifend nicht mehr leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Von den Klimawandelleugnern der AfD

(Oh-Rufe von der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie hören nicht zu, Kollegin!)

haben wir ohnehin nichts anderes erwartet. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Nur wer diese beiden Themen zusammen denkt und heute verbindet, wird morgen wirtschaftlich erfolgreich sein.

Damit komme ich zum zweiten Schwerpunkt unseres Haushalts: der nachhaltigen Mobilität und dem damit verbundenen Transformationsprozess. Wir stellen uns der Herausforderung, diese Transformation der Automobilwirtschaft

(Zuruf von der AfD: Davon verstehen Sie nichts!)

zu unterstützen und voranzutreiben. Wir stellen Mittel für den Strategiedialog bereit.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sind Sie Ingenieurin?)

Wir investieren in die ÖPNV-Offensive, in E-Mobilität, in den Ausbau von Radschnellwegen, in die Elektrifizierung von Hochbahnen und vieles mehr, was man hier noch an Punkten nennen könnte. Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist es von entscheidender Bedeutung, dass Politik und Wirtschaft hier an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Transformation des Mobilitätssektors ist für Baden-Württemberg nämlich kein Nebenaspekt, nicht irgendeine Baustelle von vielen, sondern eine Querschnittsaufgabe und eine zen-

trale Voraussetzung für den Wohlstand und für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Wir tun alles, um die Basis dieses wirtschaftlichen Wohlstands in diesem Land zu erhalten. Das setzt aber Veränderungen und Wandel voraus und nicht einfach ein „Weiter so!“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist gut, dass sich in unserer Gesellschaft immer mehr die Überzeugung durchsetzt, dass Wohlstand und Erfolg eines Landes nicht nur vom Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen abhängen. Es geht vielmehr auch um die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem Land bestellt ist – unser dritter Schwerpunkt in diesem Haushalt. Wie wollen wir wohnen? Wie wollen wir lernen, arbeiten, zusammenleben? Wie kann die Integration von neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gelingen?

Der Doppelhaushalt setzt ein klares Signal für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir investieren kräftig in die Wohnraumförderung. Wir stärken die Mittel für die Umsetzung weiterer Maßnahmen aus der Enquetekommission „Pflege“. Zusätzliche Mittel stehen für den „Zukunftsplan Jugend“ und für den Ausbau von Kinder- und Familienzentren bereit. Das alles zusammen ist ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Auch innere Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gutes, friedliches Miteinander. Dieser Haushalt schafft die Voraussetzung, dass Baden-Württemberg seine Spitzenstellung bei der inneren Sicherheit behaupten und ausbauen kann. Wir stärken die Polizei vor Ort mit zahlreichen zusätzlichen Stellen im Vollzugsdienst und bei den Anwärterstellen. Darüber hinaus sorgen wir auch in der Justiz und im Justizvollzug durch zahlreiche zusätzliche Stellen für eine deutliche Verbesserung.

(Vereinzelt Beifall)

Genauso wichtig ist es, dass wir in diesem Haushalt noch einmal kräftig in die Bildung investieren. Jeder fünfte Euro – ich glaube, das hat sich inzwischen jeder gemerkt – wird in diesem Haushalt für Bildung ausgegeben, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bildung findet aber nicht nur in der Schule statt, und Bildung besteht nicht nur aus dem Aneignen von Wissen. Es geht auch um das Erlernen von Grundfähigkeiten für ein friedliches Zusammenleben und das Sammeln grundlegender Erfahrungen.

(Zuruf von der AfD: Ist das jetzt ein Scherz?)

Leider ist es Ende 2017 wieder hochaktuell, daran erinnern zu müssen, dass auch Demokratie erlernt werden muss.

Ein wichtiger Baustein für den Bestand einer demokratischen und offenen Gesellschaft ist die politische Bildung. Hier hat die Landeszentrale für politische Bildung eine herausgehobene Rolle als überparteiliche Bildungseinrichtung.

(Thekla Walker)

(Abg. Anton Baron AfD: Propaganda! – Weitere Zuerufe von der AfD)

Ich bin froh, dass wir – Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP – gemeinsam die Landeszentrale in diesem Haushalt gestärkt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Antrag der AfD,

(Abg. Anton Baron AfD: Jawohl!)

die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung

(Abg. Anton Baron AfD: Aus vollster Überzeugung!)

fast komplett zu streichen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Der war hervorragend!)

zielt offensichtlich genau auf das Gegenteil einer offenen Gesellschaft

(Lachen bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So viel heiße Luft!)

und auf das Gegenteil von gesellschaftlicher Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Sie haben den Rotstift angesetzt

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, und jetzt?)

bei Integration, politischer Bildung, Förderung von Frauen – das alles sind Instrumente, von denen wir glauben, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land stärken. Aber die Motive der AfD sind ja ganz simpel und durchschaubar: Sie leben von gescheiterter Integration, Sie brauchen gesellschaftliche Spaltung, um erfolgreich sein zu können.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt die Richtige!)

Deshalb bekämpfen Sie alles, was für Zusammenhalt, Aufklärung und eine offene Gesellschaft steht. Aber damit kommen Sie nicht durch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie reden von sich!)

Auch dafür setzt dieser Haushalt ein Zeichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Starke Kommunen sind auch die Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben und gesellschaftliche Integration. Deshalb ist es von großem Wert für unser Land, dass die Kommunen in Baden-Württemberg weitgehend so gut dastehen wie nie zuvor. Mit dem Pakt für Integration, dem Integrationslastenausgleich, der Erhöhung des kommunalen Sanierungsfonds und auch des kommunalen Investitionsfonds leisten wir unseren Beitrag, dass das so bleibt.

Mit dem heute noch zur dritten Lesung eingebrachten Antrag auf zusätzliche Mittel für den Wiederaufbau in Braunsbach unterstreichen wir das. Wir lassen keine Kommune im Stich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Braunsbach wird den Wiederaufbau nicht aus eigener Kraft leisten können. Deshalb werden wir zeitnah weitere Mittel dringend benötigen. Wir beantragen deshalb, heute noch einmal weitere Mittel in Höhe von 8 Millionen €

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat sicherlich die CDU durchgesetzt!)

für diesen Doppelhaushalt und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 Millionen € für die Jahre 2020 bis 2022 bereitzustellen.

Wir verdanken es den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, die gesetzestreu ihre Steuern zahlen, dass wir in der Lage sind, diese Unterstützung auch außerhalb der normalen Förderprogramme und Zuschüsse zu leisten. Für uns ist es aber auch eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass das Land dauerhaft diese Gestaltungsspielräume hat und dass auch kommende Landtage und Landesregierungen handlungsfähig sind.

Ein dauerhaft konsolidierter Haushalt ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Mit diesem Doppelhaushalt kommen wir diesem Ziel sehr nahe. Wir haben die Deckungslücke fast vollständig geschlossen. Der Abbau der Schulden und Altlasten der Vergangenheit ist eine weitere wichtige Voraussetzung. Auch hier gehen wir in diesem Haushalt wichtige Schritte. Wir setzen den Abbau des Sanierungsstaus fort, wir schaffen das, was über Jahrzehnte keine Landesregierung geschafft hat: Wir steigen erstmals in die Tilgung von Kreditmarktschulden ein. Und wir sorgen auch dafür, dass die Rücklagen gesichert sind, und zwar mit einer Sonderzuführung in den Versorgungsfonds und einer Rücklage für die in Zukunft anstehenden Sanierungen der Staatstheater.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir stehen heute am Ende langer Vorbereitungen, Verhandlungen und Beratungen zur Aufstellung dieses Haushaltsplans 2018/2019. Ich finde, wir können mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein.

Ich möchte zum Abschluss sehr gern noch Danke sagen. Ein guter Haushalt hat viele Mütter und Väter. Viele haben daran mitgewirkt und zum guten Ergebnis beigetragen. Dennoch möchte ich an dieser Stelle einigen wenigen besonders danken. Ich danke unserer Finanzministerin Edith Sitzmann und unserer Staatssekretärin Gisela Splett.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die vor und auch noch während der Beratungen gewohnt ausdauernd, professionell und präzise gearbeitet haben.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Und natürlich danke ich dem Finanzausschussvorsitzenden, Herrn Stickelberger, und seinem Team in der Landtagsverwaltung, die in den letzten Wochen Großartiges geleistet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Last, but not least danke ich natürlich allen Kolleginnen und Kollegen für die interessanten und kontroversen Debatten –

(Thekla Walker)

nicht nur im Finanzausschuss, sondern auch hier im Plenum –, die auch zeigen, dass wir tatsächlich unterschiedliche Standpunkte nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern insgesamt vertreten. Das ist für mich auf jeden Fall auch ein wertvoller Beitrag in der parlamentarischen Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir handeln, und dafür danke ich allen, die dazu beigetragen haben. Wir handeln, und das macht mich stolz.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Ja, ich bin stolz darauf, dass wir mit diesem Doppelhaushalt alles in die Wege leiten können, und ich bin stolz auf das, was wir umsetzen können. Vor allem den Menschen in unserem Land kommt vieles zugute. Es sind die richtigen, es sind die notwendigen Entscheidungen und Weichenstellungen.

Gern wiederhole ich,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

dass für mich mit der erstmaligen Tilgung von Kreditmarktschulden ein lang gehegter Traum in Erfüllung geht. Wir haben den Einstieg geschafft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denjenigen, die bemängeln, wir würden zu wenig tilgen, rufe ich zu: Sie hätten ja beginnen können; Sie hatten lange Gelegenheit.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Zurück zu den gestellten Weichen: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Zweifel ist es so, dass die Politik viele Menschen im Land nicht mehr erreicht. Deshalb will ich heute gerade von dieser Stelle aus auch den Journalisten danken, die sich noch konstruktiv und tiefer gehend mit den oft komplexen Themen der Finanzpolitik beschäftigen und darüber berichten – auch kritisch.

(Abg. Anton Baron AfD: Kritisch?)

Das tut uns gut.

Das gilt auch für die Politik im Allgemeinen. Gute politische Entscheidungen sind keine Sache populistischer Vereinfachung. Ich sage deutlich: Jene, die solche Signale in den sogenannten sozialen Medien senden, versündigen sich an unserer Demokratie. Jene, die dort populistisch um Zustimmung heischen,

(Abg. Anton Baron AfD: Die SPD!)

vergehen sich an unserer Demokratie. Sie versündigen sich an der rationalen Lösung von Problemen. Ja, meine Damen und Herren von der AfD, auch Sie meine ich.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: „Auch“! Wer noch?)

Was wir hier von Ihnen hören und woanders lesen mussten, hat mit sachorientierter Politik nichts oder nur wenig zu tun.

(Abg. Anton Baron AfD: Was haben Sie denn an unseren Änderungsanträgen auszusetzen? Sagen Sie einmal, was daran populistisch sein soll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Sie sind neuerdings auch mit schrillen Tönen unterwegs.

(Zuruf von der FDP/DVP: Was?)

Auch Sie fischen in politisch teilweise verunreinigtem Gewässer.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Politik, zumal Finanzpolitik, ist komplex und taugt nicht für reißerische Schlagzeilen. Im Kern mögen sich nur wenige mit den Tiefen und Untiefen von Tausenden Seiten Haushaltsplan beschäftigen. Und doch, mit diesem Werk beschließen wir die Leitlinien für die kommenden zwei Jahre.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So ist es!)

Wir beschließen einen Korridor für unser Tun, wir beschließen das, was die Menschen im Land beeinflussen wird, das, was sie bewegt und was – davon gehen wir aus – ihr Leben verbessern wird.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Dafür möchte ich die Schwerpunkte des Doppelhaushalts anführen. Wir investieren kräftig in den Bereichen innere Sicherheit, Justiz, Bildung, Wirtschaft, ländlicher Raum, Infrastruktur sowie Digitalisierung. Dies sind durchweg Themen, die den Menschen am Herzen liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Denn tatsächlich liefern uns die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, unterlegt durch Umfragen, ein klares Bild: Die Menschen wollen von uns Antworten.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Beispielsweise wollen sie eine Stärkung der inneren Sicherheit, beispielsweise wollen sie eine bessere Bildungspolitik, beispielsweise wollen sie günstigere Wohnungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Und was tun Sie?)

Die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir handeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Wir handeln just in diesen Politikfeldern. Wir handeln aus Überzeugung. Denn wir, die CDU-Landtagsfraktion, sind nahe bei den Menschen.

Schauen wir uns die Themen gemeinsam an.

Beispiel innere Sicherheit: Wir stärken die Sicherheitsbehörden durch mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Wir schaffen 1 500 neue Stellen bei der Polizei. Wir sorgen bei den

(Tobias Wald)

Feuerwehren, beim Katastrophenschutz, bei der DLRG, bei der Bergwacht und bei den Rettungsdiensten für ein besseres Equipment und höhere Investitionen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Anton Baron AfD: Heiße Luft!)

Wir fördern das ehrenamtliche Engagement ganz gezielt; denn Menschen, die sich für den Zusammenhalt einsetzen, Menschen, die sich dafür engagieren, dass Gemeinschaften erhalten bleiben, Menschen, für die das Miteinander nicht nur ein hohles Wort ist, müssen Anerkennung erfahren. Das leisten wir, und wir sagen Danke. Danke für diesen Einsatz!

Wir helfen auch ganz konkret und ganz aktuell. Einen großen Einsatz leisten die Region Schwäbisch Hall und das Land für die Gemeinde Braunsbach. Sie erinnern sich: Das Land hat zur Unterstützung der vom Unwetter am 29. und 30. Mai 2016 besonders schwer getroffenen Gemeinde Braunsbach ein Sonderförderprogramm in Höhe von zunächst 10,6 Millionen € für die Ausgaben der Gefahrenabwehr, für Schadensbeseitigung und Reparaturen bereitgestellt. Weitere 12 Millionen € Sondermittel sind erforderlich, um den Wiederaufbauzielen des Landes gerecht zu werden: Ortskernsanierung, Hochwasserschutz, Wiederherstellung von Straßen, Kanalisation, Wald- und Feldwegen. Die Gemeinde Braunsbach kann diese Investitionen nicht allein schultern. Auch hier zeigt sich mal wieder: Das Land lässt seine Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aus diesem Grund beantragen die Regierungsfractionen in dem Ihnen vorliegenden Antrag weitere Fördermittel für die Gemeinde Braunsbach. Selbstverständlich haben wir einen Antrag zur entsprechenden Gegenfinanzierung eingebracht, der Ihnen vorliegt. Wir bitten um Zustimmung zu den Änderungsanträgen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Zweites Beispiel: Justiz. Mit neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte sorgen wir für eine effektivere Strafverfolgung und kürzere Verfahren. Wir sorgen dafür, dass die Verwaltungsgerichte die Asylverfahrenswelle besser bewältigen können, und wir erhöhen die Sicherheit in den Gerichten. Schlimm genug, dass dieser Schritt der Erhöhung der Sicherheit an den Gerichten überhaupt notwendig ist. Wo, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir da hingekommen, dass wir unsere Richterinnen und Richter schon schützen müssen? Auch da zeigt sich für mich ein dramatischer Wandel unserer Gesellschaft. Da wird ein Verfall von Werten deutlich. Es gilt, hier gegenzusteuern.

Drittes Beispiel: Bildung. Wir stärken die Qualität von Unterricht und Schule. Der von der grün-roten Vorgängerregierung eingeleitete Abbau von Lehrerstellen

(Zuruf von der SPD: Kretschmann!)

findet nicht statt. Stattdessen bauen wir neue Stellen auf. Wir stärken den Erwerb der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in der Schule mit weiteren Kontingenzstunden für Deutsch und Mathe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dazu noch eine Bemerkung: Es ist für mich alarmierend, ja im Kern eine Schande, dass die Schüler in unserem Land in Bildungsvergleichen zwischenzeitlich so schlecht abschneiden. Bildung ist Zukunft – eine Zukunft, die wir nicht verspielen dürfen, eine Zukunft, die nicht auf dem Scheiterhaufen ideologischer Grabenkämpfe geopfert werden darf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie verheerend sich eine verfehlte Bildungspolitik auswirkt, können wir in Nordrhein-Westfalen beobachten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Doch diesen Experimenten haben die Wähler dort eine klare Absage erteilt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Abg. Winfried Mack
CDU: So ist es!)

Deshalb danke ich unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann ausdrücklich dafür, dass sie die Wende hier in unserem Land trotz Kritik durchsetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Verwirrungen und Verirrungen unter einem roten Kultusminister haben endlich ein Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:
Und einem grünen Ministerpräsidenten! – Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD: Das ist ja wohl ein schlechter Scherz! Sie streichen 1 000 Lehrerstellen!)

Viertes Beispiel: ländlicher Raum. Unser Ziel ist es, die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhalten und weiter zu steigern. Wir möchten eine nachhaltige, flächendeckende land- und forstwirtschaftliche Nutzung sicherstellen, welche zur Bewahrung und Pflege unserer Kulturlandschaft beiträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der AfD – Abg. Dr. Wolfgang
Reinhart CDU: So ist es!)

Wir unterstützen innovative Projekte der Landwirte in unserem Land, die dazu beitragen, Betriebsabläufe zu optimieren, die Nachfolge zu sichern und zugleich eine nachhaltige Bewirtschaftung zu leisten.

Durch die Schaffung zusätzlicher Stellen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz wird auch der Verbraucherschutz weiter gestärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir möchten die biologische Vielfalt erhalten und stärken sowie eine wirksame Verbraucherschutzpolitik umsetzen. Dies war der CDU immer wichtig und wird es auch in Zukunft sein. Dieser Doppelhaushalt stellt die notwendigen Finanzmittel hierfür zur Verfügung. Wir sind Partner unserer Kulturlandschaftserhalter, der Landwirte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Fünftes Beispiel: Infrastruktur. Durch die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 werden deutlich mehr Res-

(Tobias Wald)

sources für die Straßenbauverwaltung bereitgestellt. In den Jahren 2017 bis 2019 werden die Regierungspräsidien um insgesamt 150 neue Straßenplaner verstärkt. Die Planungsmittel werden ebenfalls erhöht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Für die Sanierung der Landesstraßen steht eine Rekordsumme von 310 Millionen € zur Verfügung. Somit kann der schlechte Zustand unserer Landesstraßen weiter verbessert werden.

Die Förderung kommunaler Schienenfahrzeuge setzen wir fort und stellen hierfür 2018/2019 insgesamt 40 Millionen € bereit.

Mit dem Maßnahmenpaket Luftreinhaltung unterstützen wir jene Kommunen im Land, in denen die Grenzwerte überschritten werden. Mit 20 Millionen € legen wir dabei den Schwerpunkt auf Ersatzbeschaffung, aber auch auf die Nachrüstung von Bussen, Taxen und weiteren Fahrzeugen.

Mit der Landesinitiative Elektromobilität III wird u. a. der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Baden-Württemberg weiter vorangetrieben. Dieser Haushalt trägt dazu bei, dass die Infrastruktur in Baden-Württemberg weiter verbessert wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sechstes Beispiel: Wirtschaft. Wir unterstützen die Unternehmen bei den Herausforderungen der Digitalisierung und der Wirtschaft 4.0.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Na ja!)

Wir fördern die Gründung neuer Start-ups, wir fördern Handel, Handwerk und Berufsausbildung. Wir fördern Gründungen in der Wirtschaft insgesamt und verbessern die Rahmenbedingungen.

Mir als wohnungspolitischem Sprecher unserer Fraktion gestatten Sie gewiss, noch einen besonderen Fokus auf den Wohnungsbau zu legen. Wir setzen die Wohnraumförderung von 250 Millionen € im Jahr weiter fort. Damit sollen jährlich 11 000 Wohnungen gefördert werden.

(Abg. Anton Baron AfD: 11 000? Da bin ich gespannt!)

Wir werden im neuen Wohnraumförderungsprogramm Baden-Württemberg den Förderkorridor noch weiter vereinfachen und verbessern, indem wir neue Flexibilisierungsmaßnahmen einführen. Wir werden eine Nachfrageprämie an die Gemeinde zahlen. Ziel ist die Schaffung eines Anreizes für die Gemeinden zugunsten des sozialen Wohnungsbaus, um planungsrechtliche Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden die Höhe der berücksichtigungsfähigen Gesamtkosten anheben. Das ist bei diesen Baukosten ein ganz wichtiger Schritt; so können wir nämlich mehr Wohneinheiten fördern.

Damit sind wir für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft unseres Landes ein verlässlicher Partner. Darin sind wir uns alle einig.

Noch nicht einig sind wir uns über den Weg, wie günstiger gebaut werden kann. Ein Beispiel hierfür ist derzeit die Diskussion über die Fahrradabstellplätze; aber das bekommen wir auch noch hin. Um es klar zu sagen: Mir ist es wichtiger, dass ein Mensch einen Platz in einer günstigeren Wohnung bekommt,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

als dass er die Gewissheit hat, vor einer unbezahlbaren Wohnung zwei Abstellplätze für sein Fahrrad vorzufinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Überdacht! – Zuruf von der AfD: Abgeschlossen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben im Wohnungsbau einen Paradigmenwechsel eingeläutet, und dieser Prozess muss weitergehen. Denn der Wohnungsbau ist für mich und für uns alle eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe, bei der es auch um den sozialen Frieden in unserem Land geht. Er ist eine Aufgabe, an deren Lösung wir gemessen werden. Wir brauchen mehr Wohnraum und weniger Bürokratie. Dafür steht die Wohnraum-Allianz, und dafür stehen auch die beiden Regierungsfractionen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, danke für Ihren großen Einsatz für den Wohnungsbau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Noch ist nichts da!)

Wir handeln mit Herz und Verstand, und wir können uns über eine prosperierende Wirtschaft, über einen Beschäftigungsrekord genauso freuen wie über sprudelnde Steuereinnahmen – dank vieler fleißiger Baden-Württemberger; sie alle tragen mit ihren Ideen, ihrer Arbeitskraft und auch mit ihren Steuerzahlungen sowie mit ihren ehrenamtlichen Leistungen dazu bei, dass wir wirtschaftlich stark sind, den sozialen Frieden wahren und eine hohe Lebensqualität erhalten. Ich danke allen Steuerzahlern, ob privat oder in der Wirtschaft.

Danke sage ich auch im Namen der CDU-Landtagsfraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, der Finanzämter und der gesamten Finanzverwaltung. Sämtliche Aufgaben im Landeshaushalt, mit denen wir Gegenwart und Zukunft gestalten, sind nur zu erbringen, wenn wir auch die entsprechenden Einnahmen zur Verfügung haben und wenn wir das Geld zusammenhalten. Diese wichtige Arbeit wird dort gemeinsam mit den Regierungspartnern Tag für Tag geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Danke sagen darf ich auch den Bediensteten des Landes in den Ministerien und den nachgeordneten Bereichen für die Aufstellung des Landeshaushalts. Danke sage ich unserer Finanzministerin Edith Sitzmann, unserer Staatssekretärin Dr. Gisela Splett und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem aber Herrn Ministerialdirigent Reiner Moser, der der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums vorsteht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

(Tobias Wald)

Lieber Herr Vorsitzender Stickelberger, auch Ihnen herzlichen Dank, ebenso wie allen Beschäftigten der Landtagsverwaltung. Sie alle haben hervorragende Arbeit geleistet.

Ich sage Danke unserem Koalitionspartner für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushalts.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat man bei der Bildung gesehen!)

Wir können was; gemeinsam sind wir stark.

Jeder Doppelhaushalt ist und bleibt ein Kraftakt für die Landesverwaltung. Gestatten Sie mir die Anmerkung: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Nach der Krise ist vor der Krise!)

Für ein Ausruhen gibt es keinen Anlass.

(Zurufe)

Für eine gedeihliche Zukunft braucht es eine Agenda mit einem stabilen Fundament mit klaren Werten, einem Fundament mit soliden Staatsfinanzen, einem Fundament mit einem starken Staat, der zwar die Rahmenbedingungen setzt, aber Freiheit statt Bürokratie garantiert. Dafür steht die CDU, dafür steht unsere Fraktion. Wir sind Garant für das Wohlergehen mit wirtschafts- und ordnungspolitischen Werten, die sich an Eigenverantwortung und Solidarität – gemeinsam und gleichzeitig – orientieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Dafür stehen wir, und in diesem Sinn handeln wir – nicht für uns, sondern für die Bürgerinnen und Bürger, für unser Land.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir sind werteorientiert!)

Ich lade die Opposition selbstverständlich gern ein, diesem zukunftsfähigen Staatshaushaltsplan ebenfalls zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Podeswa das Wort.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir beraten heute in dritter Lesung den Staatshaushalt 2018/2019 für Baden-Württemberg. Da bleibt es nicht aus, dass in den letzten zwei, drei Wochen der Haushaltsberatungen schon nahezu alles gesagt wurde.

Es ist also der richtige Zeitpunkt für ein Resümee. Was können wir als wichtigstes gemeinsames Resümee – ich spreche hier von den Oppositionsparteien wie auch von den Regierungsparteien – zusammen und unstrittig festhalten? Nun, ich denke, wir können festhalten, der vorliegende Staatshaushaltsplan

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ist super!)

ist kein Mangelhaushalt. Selbst die Regierungsvertreter haben in ungewöhnlicher Offenheit festgestellt: Noch nie gab es so große finanzielle Spielräume in einem Haushaltsplan. Herr Minister Hermann sagte gar hier im Plenum, er sei mit dem Einzelplan seines Hauses glücklich und vermute, dass auch seine Kolleginnen und Kollegen Minister mit ihren Einzelplänen glücklich sind. Wir können also feststellen: Baden-Württemberg hat eine glückliche Regierung, Baden-Württemberg hat einen Rekordhaushalt, Baden-Württemberg ist ein glückliches Land. Das nenne ich einmal eine frohe Weihnachtsbotschaft.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Nur die AfD ist nicht glücklich! Da können Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ohne AfD wäre es noch besser!)

Dank der Schaffenskraft seiner Bürger, aber besonders dank der Steuerzahlungen in nie da gewesener Höhe durch seine Bürger kann sich Baden-Württemberg einen Rekordhaushalt von 50,5 Milliarden € leisten. Aber nicht nur das. Dieser vorliegende Staatshaushalt eröffnet den gewählten Volksvertretern sogar die finanziellen Möglichkeiten, alle Anliegen der Bürger, für deren Umsetzung sie ja gewählt worden sind, nun auch umzusetzen. Geld ist ja, wie wir in den letzten zwei Wochen gehört haben, reichlich vorhanden. Wir können also – das ist die eigentliche frohe Weihnachtsbotschaft – die Schwerpunkte, welche die Regierungsparteien in diesem Staatshaushaltsplan gesetzt haben, mit den Wahlversprechen vergleichen. Wir haben eben gehört, ein Staatshaushalt ist in Finanzzahlen gegossene Politik. Schauen wir also, welche Politik versprochen und welche gemacht wurde.

Fangen wir mit dem wichtigsten Thema der Landespolitik an, wie wir eben auch gelernt haben, nämlich mit der Bildungspolitik. Hier war Baden-Württemberg über viele Jahrzehnte für sein hohes Bildungsniveau berühmt. Alle neuen Bildungsstudien zeigen jetzt, dass das Bildungsniveau nicht etwa etwas gesunken ist – nein, das Bildungsniveau an den Schulen in Baden-Württemberg ist auf einen der hintersten Plätze regelrecht abgestürzt.

(Beifall bei der AfD)

Dass man das nicht von einem auf den anderen Tag ändern kann und diese Entwicklung umgekehrt werden muss, ist eine Selbstverständlichkeit, die die CDU in den Landtagswahlen dann auch so artikuliert hat. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich stichwortartig aus dem CDU-Wahlprogramm. Die Gemeinschaftsschulen kritisiert die CDU scharf:

Eine Schule, in der alle Kinder vom Sonderschüler bis zum Hochbegabten in einer Gruppe unterrichtet werden, in der Lehrer nur noch Lernbegleiter sind, eine Schule ohne Noten und ohne „Sitzenbleiben“ ...

Das ist laut dem CDU-Wahlprogramm eine Schulpolitik, die mit den CDU-Werten nicht übereinght, die der Bildungsnivellierung und der Reduzierung des Bildungsabschlusses dient.

(Beifall bei der AfD)

Weiter heißt es:

Deshalb wollen die Christdemokraten keine neuen Gemeinschaftsschulen einrichten. ... Die „finanzielle Über-

(Dr. Rainer Podeswa)

privilegierung“ des neuen Schultyps will die CDU ... beenden. Gemeinschaftsschulen sollen keine Oberstufen einrichten können, ...

Gut, so weit zum Wahlprogramm.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

Nun machen wir den Realitätscheck, sozusagen den Faktencheck, und schauen in den Staatshaushalt: Die Anzahl der Lehrer an den Gemeinschaftsschulen soll in den nächsten zwei Jahren um mehr als 1 000 Lehrer steigen. Überproportional zu dieser Steigerung der Anzahl der Lehrer steigen aber die Personalkosten für diese Lehrer. Wie kann man sich das erklären? Nun, das kann man sich ganz einfach erklären: Hier werden mit Sonderbeförderungen, mit Außer-der-Regel-Beförderungen, Anreize für Lehrer geschaffen, an einen Schultyp zu wechseln, der ihnen zwar ungeliebt ist, den sie im Rahmen ihrer Karriere aber trotzdem unterstützen müssen – von den höheren Sachmittelzuweisungen, die es unverändert für die Gemeinschaftsschulen gibt, ganz zu schweigen.

Auf der anderen Seite – es gibt immer zwei Seiten der Medaille – hat die CDU die Stärkung der Gymnasien versprochen. Schauen wir in den Haushalt: Im gleichen Zeitraum, in dem die Anzahl der Lehrer für die Gemeinschaftsschulen um 1 000 steigt, sinkt die Anzahl der Lehrer an den Gymnasien um 366.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Dass die Gemeinschaftsschulen weitgehend gymnasiale Oberstufen einführen, wo es dann irgendein „Abitur light“ geben wird, ist hinreichend bekannt. Das brauche ich hier nicht zu erwähnen.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Kollegen von der CDU, konnten Sie im Bereich der Bildungspolitik wirklich nicht wenigstens eines Ihrer Wahlversprechen durchhalten? Konnten Sie sich nirgendwo durchsetzen? Das, was hier im Haushalt in Finanzzahlen gegossen ist, ist pure linksgrüne Bildungsideologie.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Alle Lippenbekenntnisse zur Mathematik und zu den Naturwissenschaften im Plenum nützen uns nichts. In den Schulen fehlen die Lehrer für die mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächer. Geld dafür gibt es aber keines. Der Antrag der AfD, für diese Mangelfächer gehaltliche – also monetäre – Anreize zu schaffen, um den Mangel zu beseitigen, ist dann natürlich auch konsequent abgelehnt worden.

International und weltweit fallen jedem, aber auch jedem, wenn er an Baden-Württemberg denkt, sofort Daimler, auch Bosch und Porsche ein. Wenn wir so weitermachen, wird Baden-Württemberg demnächst weltweit nur noch für Spätzle und Rostbraten bekannt sein.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Denn mit dieser Bildungspolitik werden keine neuen Ingenieure geschaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Mit Genderwahn und Ethikunterricht bildet man keine Ingenieure aus.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Kommen wir zum nächsten Schwerpunktthema. Das zweite landespolitische Schwerpunktthema ist selbstverständlich – was sollte es auch sonst sein? – die innere Sicherheit.

Laut CDU-Wahlversprechen soll die Polizei in dieser Legislaturperiode um 1 500 Stellen gestärkt werden. Außerdem soll eine bessere Besoldung und sollen verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten die Attraktivität des Berufs steigern. Landauf, landab gab es keine Veranstaltung, in der Herr Innenminister Strobl den Bürgern nicht 1 500 zusätzliche Polizeibeamte versprach –

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Und?)

auf der Straße, im Bild der Gesellschaft, und zwar noch in dieser Legislaturperiode. Dass Polizisten nicht vom Himmel fallen, wissen wahrscheinlich selbst die Kollegen von den Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Der Antrag der AfD, die Ausbildungskapazitäten an den existierenden Polizeischulen, in Villingen-Schwenningen, zu erhöhen und dafür Mittel bereitzustellen, ist für 2017 aber abgelehnt worden

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

und für 2018 und 2019 auch.

Jetzt gibt es die gute Nachricht, dass tatsächlich Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden, wenn nach Entwicklung eines Standortkonzepts und nach Abschluss der Planung dann möglicherweise ab 2019 tatsächlich in Stein und Eisen gegangen wird, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Heute steht aber schon fest: Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir wegen der Altersabgänge weniger Polizisten auf der Straße haben als zu Beginn der Legislaturperiode.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Kommen wir – auch das haben meine Vorredner thematisiert – auf die Nachhaltigkeit des vorliegenden Staatshaushaltsplans zu sprechen. Wie nachhaltig, wie verantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen ist dieser Haushaltsplan?

Nun, meine Damen und Herren Kollegen, da braucht man gar nicht lange zu suchen. Schon auf der ersten Seite, in § 2 des Staatshaushaltsgesetzes

(Abg. Raimund Haser CDU: Haben Sie es gelesen?)

streichen Sie alle Verpflichtungen zu Beamtenstelleneinsparungen, welche vorangegangene Regierungen eingegangen sind. Einsparverpflichtungen in Höhe von 1 480 Beamten – ein Federstrich, und weg sind die Einsparverpflichtungen. Be-

(Dr. Rainer Podeswa)

lastung für die Bürger über den Zeitraum: rund 3 Milliarden €. Also: ein Federstrich – 3 Milliarden €.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wo würde man Schwerpunkte oder Hobbys einer grün-schwarzen Regierung vermuten? Richtig: möglicherweise im Umweltministerium.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bei der Polizei!
Bei der Bildung!)

Was für ein Zufall: Tatsächlich werden im Umweltministerium 256 zusätzliche Beamtenstellen geschaffen.

(Abg. Carola Wolle AfD: 256!)

256 zusätzliche Beamte! Die Personalkosten dafür werden die zukünftige Generation mit weiteren 0,5 Milliarden € belasten.

(Zuruf des Abg. Thomas Axel Palka AfD)

Die Regierung erdreistet sich dann auch noch, dies als Mittelförderung, als Wirtschaftsförderung auszugeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

In was für einer Welt leben Sie?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Heiterkeit des
Abg. Anton Baron AfD)

Machen Sie eine einzige anonyme Befragung unter Mittelständlern oder kleineren Unternehmen, und man wird Ihnen genau das Gegenteil attestieren. Das ist keine Mittelförderung, das ist Gängelung des Unternehmertums.

(Beifall bei der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE:
NE: Was ist das?)

Der Ministerpräsident wiederholt gebetsmühlenartig, wie wichtig die Digitalisierung ist. Wieso setzt sich die Landesregierung dann nicht für die Vorteile der Digitalisierung, die Vorteile der Digitalisierung in der Behördenarbeit, dort, wo man mit Digitalisierung auf Dauer Stellen einsparen kann, ein? Jedes Unternehmen in Baden-Württemberg muss in jedem Jahr Effizienzverbesserungen von mindestens 2 % bringen. Nur unsere Landesregierung muss in jedem Jahr nichts anderes machen, als ein paar Hundert zusätzliche Beamten einzustellen, die die kommende Generation belasten.

(Beifall bei der AfD)

„Digitalisierung statt Bürokratisierung“ wäre doch ein schönes Motto für unsere Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dies wäre ein schönes Motto. Nur: Leider redet man hier gegen Windmühlen an.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das heißt Windkraftanlagen!)

Es ist absolut unverantwortlich, in diesem Doppelhaushalt wieder Hunderte von zusätzlichen Beamtenstellen aufwachsen zu lassen.

Wir von der AfD fordern die Landesregierung auf, einen neuen Stellenabbauplan aufzustellen,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Fangen Sie bei sich an!)

einen Stellenabbauplan, der zukünftige Generationen wirklich entlasten wird. Denn das ist zwingend erforderlich.

(Beifall bei der AfD)

Was macht – nur um ein weiteres tolles Beispiel zu nennen – die Landesregierung weiter zur Wirtschaftsförderung? Richtig – ich komme wieder auf die Digitalisierung zurück; sie ist ja auch der wichtigste Punkt –: Sie richtet eine Cyberabwehr ein, also eine Notfallnummer, die der Mittelstand und die Bürger anrufen können, wenn sie einen Virenangriff oder einen digitalen Raubzug feststellen. Ja, wo sind wir denn hier, lieber Herr Kretschmann?

In Baden-Württemberg gibt es gleich mehrere Dutzend Unternehmen, die sich mit nichts anderem als mit Netzsicherheit beschäftigen. Das größte dieser Unternehmen – Avira in Tettang – beschäftigt weit über 500 Mitarbeiter. Glauben Sie wirklich, die Landesregierung kann Netzsicherheit und Cyberabwehr besser als die spezialisierten Mittelständler in unserem Land?

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geleon [fraktionslos] – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Keine Ahnung!
Meine Güte!)

Wir, die AfD-Fraktion, beantragen lieber mehr Mittel für den Ausbau der Kabel für das Hochgeschwindigkeitsinternet. Was nützt die ganze Cyberabwehr,

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

wenn die Daten nur einzelbitweise bei mir zu Hause ankommen?

(Beifall bei der AfD)

Das betrifft nicht nur die obere Schwäbische Alb. Wir finden schon hier unten im mittleren Neckarraum genügend Gegenenden, wo man nur bis 9 Uhr morgens vernünftig im Internet arbeiten kann, weil anschließend die Bandbreite zu schmal wird.

Wir fordern Mehrinvestitionen in Höhe von 430 Millionen € für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur.

(Beifall bei der AfD)

Die Schaffung neuer, moderner Infrastruktur ist zwingend erforderlich, damit wir im weltweiten Wettbewerb bestehen können. Sie ist die primäre Aufgabe der Landesregierung. Die primäre Aufgabe der Landesregierung ist es nicht, im Schwarzwald die Erforschung der Wald-Mensch-Beziehung voranzutreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Für diejenigen, die es nicht wissen: Es gibt dafür einige Hunderttausend Euro in diesem Haushalt – in dem für alles Geld da ist.

(Dr. Rainer Podeswa)

Es ist eben auch nicht die Aufgabe der Steuerzahler, linke und grüne Scheinwelten zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zuruf von den Grünen)

Dazu zählt natürlich auch die Förderung der Akzeptanz von Fantasiegeschlechtern und Pseudoidentitäten.

(Heiterkeit bei der AfD – Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Auch hier werden Hunderttausende Euro verschleudert, obwohl es in unserer Gesellschaft außerhalb von Genderseminaren überhaupt niemanden gibt, der Zweifel daran hat, dass es im Wesentlichen nur zwei Geschlechter gibt und man im Regelfall dieses Geschlecht auch nicht selbst wählen und schon gar nicht jeden Tag wechseln kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Damit dokumentieren Sie bloß, wie weit Sie sich schon vom Volk entfernt haben und dass Sie die Probleme der breiten Bevölkerung überhaupt nicht mehr wahrnehmen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Baden-Württemberg hätte das Potenzial, ein Vorzeigeland in Sachen Familienpolitik zu sein. Die Entlastung von Familien – insbesondere bei den Kosten von Kindern – sollte der Kern jeder Sozialpolitik des Landes sein.

(Beifall bei der AfD)

Familienpolitik war einst auch ein absoluter Kern der CDU und von besonderer Wichtigkeit. Was finden wir im Haushaltsplan? Wir finden nahezu keinen einzigen Titel, kein einziges Kapitel, in dem die Ausgaben nicht erhöht worden sind. Aber bei der Familienhilfe streichen Sie über 10 %.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Familienpolitik kommt in diesem Haushalt so gut wie überhaupt nicht mehr vor.

(Abg. Anton Baron AfD: So sieht es aus!)

Aber schauen wir die harten Fakten an, schauen wir auf die mittelfristige Finanzplanung des Staatshaushalts. Dort geht die Regierung davon aus, dass die Personalkosten des Staates bis 2021 um rund 2 Milliarden € anwachsen. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 geht die Regierung auch davon aus, dass die Steuereinnahmen um 3 Milliarden € anwachsen. Das hat sofort zwei katastrophale Auswirkungen.

Als Allererstes: Die Regierung akzeptiert doch tatsächlich, dass sie nur noch ein Drittel der zusätzlichen Steuereinnahmen für gestalterische Aufgaben zur Verfügung hat. Die anderen zwei Drittel sind ja durch die Personalkostensteigerung schon aufgeessen. Sie beschränkt also ihren Handlungsspielraum und gibt sich mit einem Drittel zufrieden.

Der zweite wichtige Punkt, den jeder Mensch aus der Industrie sofort kennt, ist die unterschiedliche Qualität dieser Planungsgrößen. Die Steuereinnahmen k ö n n e n um 3 Milliarden € bis 2021 steigen, aber nur, wenn wir bis dahin kei-

nen Konjunkturunbruch hatten. Und nachdem es seit über zehn Jahren quasi nur noch bergauf geht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass bis 2021 kein Konjunkturunbruch kommt, äußerst gering. Wir müssten jetzt Vorsorge treffen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Die Personalkosten aber werden steigen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche; das steht zu 100 % fest.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Ich komme mit einem Satz zum Schluss. Ich vermute: Hier hat der Grinch gewütet. Sie kennen den nicht? Wenn Sie Kinder oder Enkelkinder haben, werden Sie ihn kennenlernen. Es ist ein kleines grünes Monster, wohnt im Wald und stiehlt die Weihnachtsgeschenke. Dieser Grinch ist hier durch den Haushalt gelaufen und hat alle CDU-Einflüsse herausgetilgt.

(Heiterkeit bei der AfD – Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen frohe und geruhssame Weihnachtsfeiertage.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stickelberger das Wort.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es hat sich als guter Brauch herausgestellt, dass der Ausschussvorsitzende in der dritten Lesung zum Gang der Haushaltsberatungen und zur Arbeit des Finanzausschusses Stellung nimmt. Dem komme ich gern nach.

Ich darf mich zunächst für das Lob der Vorredner bedanken, möchte mich aber auch meinerseits bedanken bei der finanzpolitischen Sprecherin der Fraktion GRÜNE, Frau Walker, und den Kollegen, die im Ausschuss hervorragende Arbeit geleistet haben, dass wir zügig mit den Haushaltsberatungen vorangekommen sind.

Ich möchte mich bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen für die intensive Arbeit und auch bedanken bei Ihnen, Frau Ministerin und Frau Staatssekretärin, mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowie den Beschäftigten der beteiligten Ministerien.

Ganz besonderen Dank möchte ich richten an die Landtagsverwaltung und da an Frau von Garnier, die mit anderen zusammen die Haushaltsberatungen begleitet hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie wissen ja, was das immer für ein Aufwand ist, Anträge rechtzeitig vorzulegen. Sie und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen haben bis in die Nacht hinein gearbeitet, dass das zügig vonstattengeht.

(Rainer Stickelberger)

Dieser Haushalt ist in der Tat als Doppelhaushalt sehr umfangreich. Neben den Haushaltsansätzen, die wir zu besprechen hatten, lagen uns 384 Anträge auf dem Tisch, die wir neben den Haushaltsansätzen auch noch behandelt haben. In der Tat war dafür ein großes Maß an Konzentration erforderlich – dafür ganz herzlichen Dank.

Es ist schon angeklungen – Frau Walker hat es erwähnt –: Die Haushaltsberatungen sind mitunter sehr abstrakt und nicht immer leicht zugänglich. Trotzdem hat es der Ausschuss geschafft, zügig die einzelnen Punkte zu beraten.

In der letzten Woche ist in der letzten Debatte von Frau Ministerin Bauer kritisiert worden, dass wir sozusagen im Schweinsgalopp die Anträge behandelt hätten. Das ist mitnichten so. Die Mitglieder des Ausschusses haben sich frühzeitig darauf verständigt, dass wir die einzelnen Etatansätze auf ihre finanzielle Auswirkung hin prüfen und erörtern, Grundsatzdiskussionen aber nach Möglichkeit vermeiden. Diese blieben den Einzelberatungen der Etats in der letzten Woche vorbehalten. Das hat dazu geführt, dass wir einigermaßen zügig die einzelnen Ressorts durcharbeiten konnten.

Ich möchte nur eine Zahl nennen: Die Beratung des Entwurfs des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat etwa eineinhalb Stunden in Anspruch genommen, der umfangreichste Haushalt, der Einzelplan 12, etwas mehr. Aber das zeigt, dass alle Beteiligten mit dem Zeitplan, auf den wir uns im Ausschuss geeinigt haben, leben konnten und dass auch die beteiligten Ministerien dem folgen konnten. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Erfreulich war in diesem Haushalt, dass wir entgegen der in vielen Jahren zuvor gepflegten Übung nur ganz wenige Etatansätze zu den Resten gestellt haben, uns also zügig einen Überblick über den Haushalt verschaffen konnten und nicht gezwungen waren, sozusagen auf den letzten Drücker noch wesentliche Entscheidungen zu treffen, wie das zum Teil in den Vorjahren der Fall war.

Gleichwohl wäre es im Interesse der Haushaltsklarheit und -wahrheit für den Haushaltsgesetzgeber dringend erforderlich gewesen, dass auch die Einigung mit den Kommunen, Frau Ministerin, auf dem Tisch liegt. In diesem Paket, das ja noch nicht ausverhandelt ist, werden viele Millionen Euro haushaltsmäßig festgelegt. Da wäre es wünschenswert gewesen, wenn wir in diesem Haushalt als Ausschuss insgesamt schon ein vollständiges Bild bekommen hätten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Da müssen Sie nachsitzen und nacharbeiten. Wir gehen davon aus, dass hierfür ein Nachtragshaushalt erforderlich ist. Der Kollege Wald hat zu Recht bemerkt, dass nach dem Haushalt vor dem Haushalt ist. Wir werden also in einem Nachtragshaushalt in Kürze wieder gefordert sein.

Es hat sich wie ein roter Faden durch die Haushaltsberatungen gezogen, dass wir im Land Baden-Württemberg eine gut aufgestellte Verwaltung haben. An dieser Stelle möchte ich für meine Fraktion, aber auch als Ausschussvorsitzender meinen Dank an alle Bediensteten richten, die für dieses Land ar-

beiten, und natürlich aus der Sicht des Ausschusses gerade auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung.

Dieses Lob geht einher mit dem Hinweis auf das Problem, dass wir für den öffentlichen Dienst in unserem Land einen Fachkräftemangel zu verzeichnen haben, dass wir nicht genügend Kräfte – jedenfalls nicht immer genügend qualifizierte Kräfte – finden, die für dieses Land arbeiten. Deshalb war es gut, dass in diesem Haushalt wesentliche Maßnahmen getroffen wurden, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, also die Rücknahme der Reduzierung der Eingangsbesoldung, die Vornahme zahlreicher Stellenhebungen und auch die Schaffung neuer Stellen.

Aber es stellt sich schon die Frage: Bekommen wir dann auch die erforderlichen Leute dafür? Deswegen wäre der Ausschuss gut beraten, wenn wir in den nächsten zwei Jahren einmal eine Erfolgskontrolle machen: Was hat es uns gebracht? Wie viele Stellenhebungen sind tatsächlich erfolgt? Wie viele Stellen sind tatsächlich besetzt worden? Wie viele Stellen sind unbesetzt geblieben?

Vor allem im IT-Bereich wird es ganz, ganz schwierig sein, entsprechende Fachkräfte zu finden, solange wir in den gegenwärtigen konjunkturellen Zeiten leben. Es ist sicher ein Irrglaube, zu meinen, durch die Anhebung einer Stelle von A 12 nach A 13 besonders attraktiv zu sein.

Also: Es hilft nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Wir sind hier weiterhin gefordert, und wir sehen auch im Haushalt, dass wir hier tätig werden müssen. Viele Maßnahmen, die jetzt im Haushalt finanziert sind, viele investive Maßnahmen können eigentlich nur mit zeitlicher Verzögerung umgesetzt werden. Das schadet der Haushaltsklarheit und -wahrheit. Wir haben riesige Haushaltsreste. Das hängt u. a. damit zusammen, dass wir nicht genügend Fachkräfte haben, dass wir nicht genügend Auftragnehmer haben, dass die Konjunktur so ist, dass es schwierig ist, unsere öffentlichen Aufträge überhaupt umzusetzen.

Die Schuldenbremse hat natürlich uns alle beschäftigt und ist auch heute angeklungen. Da haben wir einen Paradigmenwechsel vorgenommen. Nach Jahren der Nettoneuverschuldung von null sind wir jetzt darangegangen, uns den Kreditmarktschulden und den impliziten Schulden zuzuwenden. Ich will jetzt jedoch nicht mehr auf die Einzelheiten der unterschiedlichen Betrachtungen sowie darauf eingehen, was implizite Schulden sind und in Zukunft sein werden. Nur so viel: Es ist ein Faktum; es gibt sie, aber im Einzelfall bestehen da durchaus Bewertungsunterschiede. Auch der Rechnungshof hat uns ja vermittelt, dass seine Überlegungen zu diesem Thema noch nicht abgeschlossen sind, insbesondere auch, was Ausgabereise angeht, die jetzt im Haushalt auch unter dem Stichwort Schuldentilgung verzeichnet sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen jetzt in einer Übergangssituation. Denn vieles, wenn nicht gar alles wird sich ändern. Die grundgesetzliche Schuldenbremse steht uns ohnehin bevor. Aber wir werden eine neue Situation bekommen, wenn das Land darangeht, eine Vermögensrechnung aufzustellen. Das wird eine gigantische Aufgabe sein.

Ich erinnere mich noch an die zahlreichen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Thema Doppik, wo wir den Gemein-

(Rainer Stickleberger)

den ja so etwas verordnet haben. Jetzt sind wir, ist das Land selbst gefordert. Ich begrüße es natürlich, dass die Finanzministerin eingeladen hat, hierüber Gespräche zu führen. Ich glaube, das ist dringend notwendig, und ich verspreche mir von dieser Entwicklung auch mehr Transparenz im Haushalt, mehr Transparenz im Hinblick auf Verschuldung und mehr Transparenz zugunsten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt eingehen, der immer wieder eine Rolle gespielt hat, nämlich die Frage: Beteiligt sich der Bund an der Finanzierung wichtiger Aufgaben? Wie wirkt sich das auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern insgesamt aus? Der Bund finanziert bekanntlich mit: beim Wohnungsbau, bei der Schulsanierung, beim Thema Digitalisierung. Der Finanzbedarf bei den Ländern ist vorhanden. Wir brauchen das Geld; aber wir müssen auch aufpassen, dass wir das fein austarierte Gefüge zwischen Bund und Ländern nicht empfindlich stören.

Ein Stichwort dazu, das wir alle kennen, ist das Kooperationsverbot; ein Stichwort ist aber auch die Frage: Wie halten wir es mit dem Föderalismus? Ich persönlich meine – ganz offen –, wir leben gut mit unserem Föderalismus und sollten alles dafür tun, dass er uns erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir dürfen aber nicht verkennen, dass Länder – auch unser Bundesland – und Gemeinden natürlich einen hohen Finanzbedarf haben, den sie allein wahrscheinlich nicht decken können. Da brauchen wir Klarheit. Ich denke dabei nur an die 5 Milliarden €, die Frau Bundesministerin Wanka in Aussicht gestellt hat. Wo sind sie geblieben?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja!)

Sie fehlen nach wie vor. Aber für die Planungssicherheit bei uns im Land wäre es wichtig,

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

rasch und bald zu wissen, welche Finanzmittel vom Bund kommen.

(Abg. Raimund Haser CDU zur SPD: Da kann die SPD ja ihren Beitrag dazu leisten! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Die Wanka gehört zu eurem Laden! – Gegenruf des Abg. Raimund Haser CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann nicht jeder wissen!)

Diese ungewisse Situation, die wir derzeit haben, darf nicht dazu führen, dass jetzt notwendige Investitionen aufgeschoben werden oder ausbleiben, weil wir noch nicht wissen, welche Mittel vom Bund kommen.

Ähnlich geht es den Gemeinden. Wenn Sie heute die Zeitung aufschlagen und sehen, was Herr Kehle vom Gemeindegang gesagt hat, wissen Sie: Es besteht die Gefahr, dass die Kommunen ihrerseits Investitionen aufschieben oder unterlassen, weil das Land nicht klarlegt, wie es sich entsprechend beteiligt.

Hier sind wir gefordert, auch in den Bund-Länder-Beziehungen so voranzukommen, dass wir einerseits unsere föderale Struktur erhalten, aber andererseits auch für die nötigen Finanzmittel sorgen. Verlässlichkeit in der Planung ist dabei unerlässlich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einmal auf den Satz zurückkommen: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Wir haben auch weiterhin große Herausforderungen. Wir leben in einer Umbruchsituation. Wir werden vielleicht in den nächsten Haushaltsberatungen mit ganz anderen Ansätzen, mit ganz anderen Problemen konfrontiert sein als bisher.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im Ausschuss und bitte auch für die nächsten Haushaltsjahre um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss bedanken, bei Ihnen, Herr Stickleberger, besonders für die stringente „Haushaltsführung“ bzw. Sitzungs-führung, und beim Landtagsreferat für die tolle Unterstützung im Hintergrund – zum Teil bis spät in die Nacht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wetterfest soll er sein, Krisen soll er überwinden und schweren Stürmen standhalten. Wir sprechen hier nicht von einem neu zu bauenden Schiff, sondern vom Doppelhaushalt 2018/2019 für das Land Baden-Württemberg.

Sie, sehr verehrte Frau Finanzministerin, wohnen ja bekanntlich in Freiburg, der Sonnen- und Wärmestube Baden-Württembergs. Da ist man schlechtes Wetter wahrscheinlich nicht so gewohnt. Man weiß gar nicht so recht, wie es auf der rauen Alb, im württembergischen und hohenzollerischen Sibirien bei miesem Wetter so aussieht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Oh-Rufe – Abg. Raimund Haser CDU: Oi, oi, oi! – Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler und Andrea Lindlohr GRÜNE)

Sie haben, sehr geehrte Frau Finanzministerin, in Ihrer Rede davon gesprochen, dass Sie den Haushalt wetterfest machen wollen. Könnte es vielleicht sein, dass Sie durch das schöne warme Wetter in Freiburg verwöhnt sind und keine Vorstellung mehr davon haben, was schlechtes Wetter bedeutet? Anstatt Ihr Haus – Ihren Haushalt – wirklich aufzumöbeln, Dämmungen einzubauen, Wärmeschutzmaßnahmen einzurichten, starke Stützbalken einzuziehen, Dreifachverglasung vorzusehen, bekleben Sie Ihre Wände mit Zeitungspapier,

(Lachen des Abg. Raimund Haser CDU)

versehen das Haus mit ein bisschen neuer Farbe, ziehen hier und da ein paar dünne Bälkchen ein, bauen ein paar Zimmer

(Dr. Gerhard Aden)

an, laden die Gäste zur Einweihungsparty ein, lassen die Sektorkorken knallen und behaupten allen Ernstes, dass dieses Haus jetzt und in der Zukunft – Sie schreiben selbst, dass Sie in langen Linien denken – den Unbilden des Wetters standhalten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das kann man nur behaupten, wenn man aus dem ewigen Sommer Freiburg stammt und nur eine vage Vorstellung davon hat, dass sich das Wetter in kürzester Zeit verändern kann, dass auf ein Hoch ein Tief folgt, dass sich die Windrichtung ändern kann, dass Sturm und Hagel Ihre – entschuldigen Sie das Wort – „Bretterbude“ schnell zum Einsturz bringen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jetzt aber!)

– Es reicht, ja. – Was Sie, sehr geehrte Frau Finanzministerin, uns mit dem Doppelhaushalt vorlegen, kann man beim besten Willen und mit Wohlwollen nicht als eine wetterfeste Sanierung bezeichnen. Ja, es ist einfach schön, in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen Finanzministerin zu sein, sich dafür feiern zu lassen, dass man seine Klientel mit Stellen versorgt, Fehler der Vergangenheit mit Euroscheinen zudeckt. Es wird tüchtig auf den Putz gehauen nach dem Motto von Madame de Pompadour nach der verlorenen Schlacht bei Roßbach: „Nach uns die Sintflut“.

Die vielen Nullen auf dem Konto des Finanzministeriums scheinen den Blick für das Wesentliche regelrecht zu vernebeln. Es steht Ihnen so viel Geld zur Verfügung wie noch nie. Ich zitiere aus Ihrer Rede zur Haushaltseinbringung:

Es ist nicht unser Geld, es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler,

(Ministerin Edith Sitzmann: So ist es!)

das wir sinnvoll und effizient einsetzen

wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD
– Zuruf von der FDP/DVP: Sollten!)

Statt dies zu tun, geben Sie das Geld mit vollen Händen aus, machen sich einen schlanken Fuß bei den Kreditmarktschulden, dehnen die Vorgaben des Landesrechnungshofs in Bezug auf die implizite Verschuldung nach Ihrem Gusto aus, schieben die Opposition indirekt als finanz- und wirtschaftspolitische Selbsterfahrungsgruppe – das vor allem, weil diese Opposition Ihre Vorstellungen von der sogenannten Schuldentilgung nicht teilt.

Sie reagieren zunehmend genervt darauf, dass die Opposition immer wieder den Finger in die Wunde Ihres Schuldenbegriffs legt. Sie können es schon fast nicht mehr hören.

(Abg. Winfried Mack CDU: Woher wissen Sie das?)

Ich kann Sie ja verstehen, sehr verehrte Frau Finanzministerin, dass Sie bei dem Begriff „Implizite Verschuldung“ dünnhäutig reagieren,

(Ministerin Edith Sitzmann: Überhaupt nicht!)

da Ihr Weg der Schuldentilgung auf deutlich mehr Kritik stößt als erwartet.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das sind reine Unterstellungen!)

Eine mögliche Tilgung von Kreditmarktschulden in Höhe von 10 % ist eben ein Wert an sich, auf den Sie verzichten wollen. Sie spüren auch, dass Sie gegen den Geist der Reform der Haushaltsordnung von 2012 verstoßen.

(Zuruf: Was?)

Hier liegt das zentrale Versagen, der ganz entscheidende Fehler Ihres Haushaltsentwurfs. Das ist auch der wichtigste Angriffspunkt der FDP/DVP-Fraktion. Deshalb können und wollen wir Ihrem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Mit der Änderung der Verordnung zur Haushaltsordnung haben Sie uns die entscheidende Steilvorlage gegeben, Ihren Haushalt abzulehnen.

Schon bei der zweiten Lesung vor ein paar Tagen habe ich vorgetragen, dass die Leitlinien aller früheren Haushalte heute nicht mehr gelten: In guten Zeiten sind die Schulden zurückzuzahlen, die man in schlechten Zeiten angehäuft hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Nur das verschafft einen Spielraum für Notlagen – wie z. B. heute mit dem Änderungsantrag zu Braunsbach, dem wir, die FDP/DVP-Fraktion, zustimmen –, für den Fall von Katastrophen oder von wirtschaftlichen Depressionen. Deswegen ist Ihr Haushalt auch kein wetterfestes Haus, wie Sie immer wieder betonen, sondern ein windschiefes Kartenhaus, das beim ersten Windstoß zusammenfällt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf von der CDU: Heftige Worte! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist noch wohlwollend!)

Wie schnell so etwas passieren kann, hat doch die Finanzkrise im Jahr 2008 gezeigt. Was wäre eigentlich in Deutschland geschehen, wenn die Flüchtlingskrise der Jahre 2015, 2016 in einer Phase der wirtschaftlichen und finanziellen Schwäche eingetreten wäre? Die zutiefst verunsicherte Bevölkerung ist mit dem Ausspruch der Kanzlerin – „Wir schaffen das“ – einigermassen beruhigt worden. Wodurch konnte sich die Kanzlerin zu diesem Ausspruch durchringen? Vor allem doch dadurch, dass sie in ihrem Rücken eine starke Wirtschaft, eine boomende Konjunktur, einen sehr stabilen Arbeitsmarkt wusste. Der Bundeshaushalt war auch schon damals, vor zwei Jahren, ohne Schulden finanziert.

Die vielen Milliarden Euro, die diese Notlage kostet, fehlten vielleicht an der einen oder anderen Stelle, aber insgesamt hatte man doch den Eindruck, dass die Ängste, die diese Flüchtlingswelle bei vielen auslöste, eher kultureller Art sind, als dass sie aus wirtschaftlicher Not geboren wurden. Deutschland konnte und wollte großzügig sein, und durch die Euro-Milliarden wurden die ganz großen gesellschaftlichen Verwerfungen unterbunden.

Wie sähe es heute in den Landesparlamenten und im Bundestag aus, wenn die Flüchtlingsbewegung Deutschland in einer

(Dr. Gerhard Aden)

Phase der wirtschaftlichen Schwäche, der arbeitsmarktbedingten Depression getroffen hätte, wenn zusätzlich die Schuldenproblematik in allen Köpfen wäre? Man mag es sich gar nicht vorstellen. Wir sehen ja selbst hier in Stuttgart, wie der Einzug der AfD das Klima verändert hat – und dabei meine ich nicht das Wetter.

Nach der Krise, sehr geehrte Frau Finanzministerin, ist vor der Krise. Sie tun mit Ihrem Haushaltsentwurf so, als ginge die Party immer weiter. Ich zitiere noch einmal aus Ihrer Rede:

Kluge Haushaltspolitik hat im Blick, dass sich die Welt verändert, dass sich die Erwartungen und Bedürfnisse verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Wenn man dann aber sieht, dass im Haushaltsentwurf Stellen ausgeworfen werden – ich habe mich mit Herrn Podeswa nicht abgesprochen –, die die Mensch-Wald-Beziehung fördern, dann hat man wirklich das Gefühl, dass die Kuh jetzt aufs Eis geht und anfängt zu tanzen. Es mag ja sein, dass Sie die traditionell emotional engen Beziehungen der deutschen Seele zum Wald – wie schon in der Romantik beschrieben – haushalterisch verankern wollen, aber in meinen Augen, sehr geehrte Frau Finanzministerin, ist das ein totaler Realitätsverlust.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Ein Haushalt ist ein in Zahlen gefasster Regierungsentwurf. Wenn man dann sieht, wie Sie Lieblingsprojekte – sagen wir einmal: höchstens noch in Rufweite wissenschaftlicher Erkenntnisse – ohne Rücksicht auf finanzielle Solidität durchführen wollen, dann erinnert mich diese Politik an den Ausspruch des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg – ca. 1650 –:

Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

In dieser Politik erkenne ich immer wieder das Missionarische, das uns in der Vergangenheit manche Probleme beschert hat und von unseren europäischen Freunden durchaus nicht immer geschätzt wird. Sie wollen alles – sofort, ganz schnell, und davon ganz viel. Verbrennungsmotor weg – hier einmal ohne Rücksicht auf Ressourcen oder gar Arbeitsplätze –, Landwirtschaft ökologisch – egal, was das für Otto Normalverbraucher bedeutet, wie viel zusätzlichen Landverbrauch das bedeutet –, ÖPNV ausbauen – auch wenn keiner in den Bus einsteigt –, Radschnellwege – unwichtig, ob ältere oder behinderte Menschen davon profitieren – und dergleichen mehr. Und Sie kritisieren jeden, der das ablehnt, als rückwärtsgerichtet.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Es ist aber nicht so, wie Sie es uns unterstellen, dass wir diese Entwicklungen nicht sehen. Nein, was uns antreibt, ist, dass wir solche Entwicklungen reifen lassen wollen, dass wir eine

evolutionäre Entwicklung auf Faktenbasis wollen und keine revolutionäre.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Leider ist der Haushaltsentwurf voll von solchen Ansätzen, und das Beklagenswerte dabei ist zusätzlich, dass die CDU dazu ihren christlich-demokratischen Segen gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Der europäische Wirtschaftsraum wird im Jahr 2018 um ca. 2,2 % wachsen, und dennoch steigt die Inflation trotz der vielen Milliarden Euro – ja, es sind schon Billionen Euro –, die die EZB auf den Markt schmeißt, nicht an. Woran liegt das eigentlich?

Die Macht liegt nicht mehr ausschließlich bei den Unternehmen, sondern zunehmend auch bei den Verbrauchern. Globalisierung, Internethandel, Onlineshops geben jedem einzelnen Kunden sehr viel mehr Möglichkeiten der Konsumentenscheidung. Wo von überall her geliefert wird, verknappen die Güter nicht mehr. Die Inflation will einfach nicht richtig ansteigen mit dem Ergebnis, dass der Zins nicht ansteigt.

In diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ganz wichtiger Hinweis. Ich weiß nicht, ob es Ihnen vielleicht so ähnlich geht wie mir: Seitdem die Zinsen im Keller sind, fällt mir das Geldausgeben leichter. Kapital wird verschleudert, wenn der Zins seine Steuerungsfunktion einbüßt. Das sehen wir leider auch bei dem uns aktuell vorliegenden Haushaltsentwurf.

Man kann Geld nicht essen, aber man kann es verfrühstücken. In den Koalitionsfraktionen wird davon ausgegangen, dass der Geldsegen in Baden-Württemberg weiterhin anhält. Wie im Alten Testament das Volk der Israeliten, die das Manna, das Himmelsbrot, während des Tages aufaßen, weil es nachts verderblich und sie auf Gott vertrauten, dass am nächsten Tag wieder Brot für alle vom Himmel gefallen in der Wüste liegen wird, so gibt die Landesregierung heute ihr Geld aus, weil sie davon ausgeht, dass es weiterhin Manna vom Himmel regnen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das Vertrauen – lachen Sie nicht – der Israeliten in Gott war, wie wir wissen, berechtigt. Allein mir fehlt der Glaube und das Vertrauen in das Handeln der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Ich komme zum Schluss: Der Sündenfall Ihrer Regierung ist, dass man sich jetzt, in den allerbesten Zeiten, gegen den Geist der 2012 gesetzten Maßstäbe nicht mehr an seine eigenen Versprechungen gebunden fühlt. Sie verstoßen gegen den Geist Ihrer eigenen Prinzipien.

Die FDP/DVP-Fraktion lehnt den Doppelhaushalt 2018/2019 in der vorliegenden Fassung ab.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Finanzministerin Sitzmann.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, intensive Beratungen liegen hinter uns. Im Finanzausschuss und auch hier im Plenum haben wir die großen Linien des Haushalts 2018/2019 intensiv diskutiert, aber auch viele Detailsaspekte beraten.

Insgesamt hat der Regierungsentwurf 4 365 Seiten. Zu diesem umfangreichen Werk hat es – der Vorsitzende des Finanzausschusses hat es bereits gesagt – 384 Änderungsanträge gegeben. Die Regierungsfractionen haben ihre Änderungsvorschläge eingebracht und die entsprechenden Änderungen beschlossen. Die Oppositionsfractionen haben ihre Kritik und ihre Änderungsanträge vorgetragen. Heute können wir also hier Bilanz ziehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dieser Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, ist solide, er ist nachhaltig, und er ist der Zukunft zugewandt.

(Zuruf: Das kennen wir irgendwoher! – Zurufe von der FDP/DVP)

Er schafft eine hervorragende Grundlage, damit wir unser Land in den kommenden beiden Jahren weiter voranbringen. Wir geben dort mehr Geld aus, wo dies Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schafft, und nirgendwo sonst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Wir haben alle Ausgaben – alle Ausgaben, Herr Aden – sorgfältig abgewogen. Wir haben Entscheidungen darüber getroffen, wo wir gezielt investieren, wo wir für eine gute Zukunft Baden-Württembergs etwas tun müssen – nur da investieren wir. Ich kann Ihnen versichern: Das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist bei uns in guten Händen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Lachen bei der AfD)

Wir geben mehr Geld aus für eine gute Polizei im Land, dafür, dass alle sicher und frei leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sichern Sie mal lieber die Grenzen!)

Wir geben mehr Geld aus für unsere Schulen, damit die Kinder ihre Talente bestmöglich entfalten können. Allein die Ausgaben im Einzelplan 04 – Kultusministerium –, die 2018 auf 11,09 Milliarden € steigen und 2019 nochmals auf 11,36 Milliarden €, machen deutlich, dass die Kinder in Baden-Württemberg uns viel wert sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, wir investieren in den Breitbandausbau, damit alle Menschen im Land möglichst rasch Anschluss an schnelles Internet bekommen. Alle Anträge, die im zuständigen Innenministerium vorliegen, können bedient werden und werden bedient, meine Damen und Herren. Ich frage mich, warum manche kri-

tisieren, es gebe zu viele Förderbescheide, während andere kritisieren, es gebe zu wenige. Es gibt so viele Förderbescheide, wie Anträge auf dem Tisch liegen. Was also gibt es daran zu kritisieren, meine Damen und Herren?

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nach dem Jahr 2017 sind wir beim Wohnungsbau erneut bei einem Programmvolumen von 250 Millionen € für 2018 und weiteren 250 Millionen € für 2019. Unser Ziel ist, dass bezahlbarer Wohnraum kein Luxus ist, sondern dass wir diesen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Manche Oppositionsvertreter meinen ja, 250 Millionen € seien ein Nasenwasser, das sei zu wenig. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2015 lag das Programmvolumen jährlich bei 60 Millionen €.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ein großer Fehler, der da gemacht wurde! Das ist ja wohl die falsche Bezugsgröße!)

Jetzt haben wir nicht nur 2017, sondern auch 2018 und 2019 jeweils 250 Millionen € zur Verfügung, also mehr als das Vierfache, meine Damen und Herren. Das ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Trotzdem fehlen Wohnungen!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn keine Wohnungen fehlen würden, würden wir wahrscheinlich auch weniger investieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Tatsächlich?)

Deshalb haben wir ein Programmvolumen von 250 Millionen €; davon können jährlich rund 11 000 Wohneinheiten geschaffen werden.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Bei welchem Bedarf? – Abg. Reinhold Gall SPD: Zu wenig!)

Warum das ein Nasenwasser sein soll, erschließt sich mir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Viel zu wenig! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir brauchen 60 000 Wohnungen jährlich in Baden-Württemberg! Das wissen Sie auch! Mein Gott!)

Wir geben mehr Geld für die künftigen Beamtenpensionen in unsere Versorgungsrücklage, damit der Haushalt, Herr Aden, in Zukunft tatsächlich wetterfest ist.

Ja, mein Wahlkreis ist Freiburg – dort bin ich leider selten, da ich oft in Stuttgart bin. Ich kann Ihnen aber sagen: Wir haben nicht immer schönes Wetter. Heute z. B. haben wir laut meiner App 3 Grad und Nieselregen. Auch in Freiburg kennt man also schlechtes Wetter, da müssen Sie sich überhaupt keine Sorgen machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Mehr Geld geben wir für die Sanierung unserer Landesstraßen und Gebäude aus, damit sie nicht verfallen, sondern gut in Schuss bleiben. Das, meine Damen und Herren, sind die zentralen inhaltlichen Schwerpunkte in diesem Doppelhaushalt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Feinstaubmessungen!)

Ich frage mich: Wie sieht die Position der Opposition aus? Ist sie gegen diese Schwerpunkte? Nein, das kann ich nicht feststellen. Nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die Fraktionen auf den Oppositionsbänken halten diese Schwerpunkte im Grundsatz für richtig. Das haben die Beratungen gezeigt.

Erstmals in der Geschichte des Landes tilgen wir auch Kreditmarktschulden und leiten damit eine historische Trendwende ein, meine Damen und Herren. Auch das hält die Opposition für richtig und wichtig.

Bei mir hat sich deshalb im Laufe der Beratungen dann doch mehr und mehr der Eindruck festgesetzt, dass zumindest SPD und FDP/DVP den Entwurf inhaltlich im Grunde genommen gar nicht so schlecht finden. Sie haben sich ab und zu wohl doch recht schwer damit getan, Haare in der Suppe zu finden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Jede Menge finden wir!
– Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Später vielleicht.

(Heiterkeit)

Die SPD hat praktisch keine Haare in der Suppe gefunden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Büschel! Ganze Büschel haben wir gefunden! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie will nur noch mehr von der guten, nahrhaften Suppe, Herr Kollege Gall. Sie will noch mehr für Bildung, sie will noch mehr für Investitionen und noch mehr für Tilgung. Das mag ja alles wünschenswert sein,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist wichtig!)

aber es gibt ein Problem in Bezug auf das Finanzkonzept der SPD.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

Es gibt nämlich keine solide Gegenfinanzierung, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Unfug! Das ist solide gegenfinanziert!)

Sie setzen – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das glaubt Ihnen niemand mehr, Frau Sitzmann!)

Sie setzen auf weitere Minderausgaben bei den Zinsen, Sie setzen auf Mehreinnahmen bei den Gebühren, und Sie verbrauchen

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie doch auch! Das machen Sie doch auch! Das ist doch Quatsch!)

mit Ihren Anträgen Überschüsse von morgen, die wir heute noch gar nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das ist nicht nachhaltig.

Aber die Mittel zur Erfüllung der Tilgungsverpflichtung zu kürzen und damit Maßnahmen zu finanzieren, die zum Teil mit Ihrem eigenen Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung gar nichts zu tun haben, das ist einfach nur inkonsequent.

Meine Damen und Herren, ich sehe darin keine nachhaltige Politik. Im Gegenteil: Wir haben – um auf die Punkte einzugehen, die der Kollege Stickelberger eben angesprochen hat – einen attraktiven öffentlichen Dienst, und dafür tun wir auch etwas mit diesem Haushalt. Die Absenkung der Eingangsbeholdung ist zum 1. Januar 2018 wieder abgeschafft worden. Von Anfang an gibt es volles Gehalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Wir nehmen die Erhöhung bei den Beamten und den Versorgungsempfängern nicht nur analog der Tarifvereinbarung vor, nein, wir geben strukturell noch einen Baden-Württemberg-Bonus in Höhe von 0,325 % obendrauf, und wir schaffen Anwärter- und Ausbildungskapazitäten in vielen Bereichen, damit auch in Zukunft die öffentliche Verwaltung gut aufgestellt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Zum Thema „Vereinbarung mit den Kommunen“: Es gibt eine Vereinbarung mit den Kommunen; deren Laufzeit geht von 2016 bis 2021. Mit dem Haushalt 2017 hatten Sie diese Vereinbarung als Drucksache auf dem Tisch. Die kommunalen Landesverbände haben dieser Vereinbarung für die gesamte Legislaturperiode zugestimmt; das heißt, wir haben hier eine gute Grundlage. Über weitere Punkte, z. B. den Pakt für Bildung und Betreuung oder die Multimediaausstattung an den Schulen, werden wir, insbesondere die Kultusministerin, im kommenden Jahr mit den kommunalen Landesverbänden weiter beraten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist die kommunal unverantwortlichste Regierung, die es je gab!)

Ein wichtiges Stichwort, das Sie noch aufgegriffen haben, Herr Stickelberger, möchte ich hier ausdrücklich noch einmal unterstreichen: Ich finde, dass wir unser föderalistisches System in der Bundesrepublik Deutschland gar nicht hoch genug halten können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Der Finanzausschuss war ja in London und in Edinburgh. Dabei haben wir festgestellt – das zeigt sich in Großbritannien

(Ministerin Edith Sitzmann)

–, dass es kein ausgewogenes System gibt, das sowohl eine Zentralregierung als auch eine Länderkammer umfasst. Das ist der große Wert, den wir hier in Deutschland – das kommt uns in Baden-Württemberg zugute – haben: Wir haben ein föderales System, in dessen Rahmen auch die Länder ihre verbrieften Rechte haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Mit dem Bundesrat gibt es ein Gremium, mit dem all das dann auch in die Bundespolitik eingespeist werden kann.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das will doch auch niemand abschaffen!)

Wenn es um das Thema „Aufhebung des Kooperationsverbots“ geht, dann sollte man auch dies nicht vergessen und sollte den Föderalismus so hoch halten wie nur irgend möglich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur FDP/DVP kommen. Die FDP/DVP hat sich in allgemeine Kritikpunkte geflüchtet; ganz neu, Herr Aden, waren diese nicht. Konkret haben Sie jetzt noch einmal die zusätzlichen Stellen in der Umweltverwaltung kritisiert. Wissen Sie aber, welchen Anteil am Haushaltsvolumen diese prozentual ausmachen? Es sind 0,002 %. 0,002 % des Haushaltsvolumens machen die zusätzlichen Stellen zur Stärkung der Umweltverwaltung aus. Wenn Sie sonst keine Kritik haben – damit konsolidieren Sie den Haushalt nicht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn man keine Argumente mehr hat, argumentiert man so!)

und damit schaffen Sie auch keine 4 Milliarden € Rückzahlung von Kreditmarktschulden, wie Sie hier groß befördert haben. Das ist doch einfach lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Der Saal tobt!)

Ein weiterer Vorwurf, den Sie immer wieder erhoben haben, war, der Haushalt sei aufgebläht. Baden-Württemberg nimmt heute erfreulicherweise sehr viel mehr Geld ein,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr gebt es gleich wieder aus!)

als es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Das ist doch erst einmal positiv.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Mit beiden Händen ausgeben!)

Oder wollen Sie sich darüber beklagen? Wir beklagen uns heute nicht darüber, meine Damen und Herren. Es ist doch klar: Wenn sich die Einnahmen erhöhen, erhöht sich automatisch das Haushaltsvolumen. Sie tun ja gerade so, als würden wir das aktiv und absichtlich tun. Nein, das Haushaltsvolumen erhöht sich entsprechend den Einnahmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Ausgaben!)

Die entscheidende Frage ist doch: Wie werden die Einnahmen verwendet?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist klar!)

Wird für die Zukunft Vorsorge getroffen? Schaffen die Ausgaben einen Mehrwert?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einen Mehrwert für bestimmte Leute!)

Bringen die Ausgaben Baden-Württemberg wirklich voran? All diese Fragen kann ich Ihnen mit Bezug auf diesen Doppelhaushalt ganz klar mit Ja beantworten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese Ausgaben bringen Baden-Württemberg voran.

Übrigens, die Politik der FDP bringt Baden-Württemberg nicht voran, und sie bringt auch Deutschland nicht voran.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Genau!)

Sie haben sicherlich auch den Aufruf der Mittelstandsvereinigung gelesen, wonach es ein Fehler war, dass die Vertreter der FDP die Jamaika-Verhandlungen abgebrochen haben. Dort steht, sie mögen doch bitte die Weihnachtspause nutzen, um darüber nachzudenken, ob es vielleicht nicht doch noch einen neuen Anlauf gibt.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

So viel also zu ihrer Nähe zum Mittelstand. Darüber sollten Sie wirklich noch einmal nachdenken.

(Zurufe der Abg. Dr. Gerhard Aden und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auf jeden Fall kann ich Ihnen nur sagen, dass natürlich das Haushaltsvolumen gestiegen ist.

Jetzt lassen Sie mich einmal ein paar Punkte sagen, bei denen Sie schon einen Großteil der Steigerungen auf der Ausgaben-seite sehen.

Dritter Nachtrag 2011: Haushaltsvolumen 35 Milliarden €. Stand Haushalt 2019 nach den Beratungen im Finanzausschuss: knapp 52 Milliarden €. Nehmen wir die Gesamtausgaben aus dem FAG, dem kommunalen Finanzausgleich: Sie betragen Stand Dritter Nachtrag 2011 – darauf beziehe ich mich jetzt immer – 7 Milliarden €. Stand nach den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss werden sie 2019 12,6 Milliarden € betragen; das sind 5,5 Milliarden € mehr, somit 78 %.

Jetzt nehmen Sie die Personalausgaben, und zwar die aus gesetzlicher und rechtlicher Verpflichtung, nicht die Stellen für die Stärkung der Umweltverwaltung – die sind darin nicht enthalten –: Dritter Nachtrag 2011: 4,5 Milliarden €; 2019 werden es 8,5 Milliarden € sein, also eine Steigerung um 4 Milliarden €, eine Steigerung um 90 %.

Nehmen Sie die Maßnahmen zur Tilgung der impliziten Verschuldung: 1,8 Milliarden €. Nehmen Sie den Länderfinanzausgleich: Er ist von 1,6 Milliarden € 2011 auf über 3 Milliarden € 2019 gestiegen. Das ist eine Steigerung von 93 %.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wenn Sie dann noch bildungspolitische Maßnahmen dazunehmen, die gelaufen sind, dann haben Sie von dem um 17 Milliarden € größeren Haushaltsvolumen schon 14,4 Milliarden € ausgegeben. Meine Damen und Herren, wenn Sie da nicht rangehen und kürzen wollen, z. B. bei den Beamten, im öffentlichen Dienst

(Abg. Anton Baron AfD: Machen Sie es doch!)

oder beim kommunalen Finanzausgleich, dann können Sie auch den Haushalt und das Haushaltsvolumen wahrlich nicht so kritisieren, wie Sie das hier getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Lassen Sie mich noch zum Thema Personalstellen etwas sagen. Von manchen ist kritisiert worden, es wären zu viele. Herr Podeswa ist jetzt leider nicht im Saal, obwohl er auch Fragen gestellt hat. Ich dachte, er will hören, was die Finanzministerin dazu zu sagen hat. Aber sei es drum.

(Abg. Anton Baron AfD: Er hört zu!)

Wissen Sie, wie viele der 225 plus 31 Stellen für die Stärkung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung im Umweltministerium selbst sein werden? 12,5 Stellen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Was sagt uns das? Gar nichts!
– Abg. Anton Baron AfD: Ob wir die zwölf Stellen brauchen, ist die Frage!)

Der Rest ist in den Regierungspräsidien, bei der LUBW und in den Stadt- und Landkreisen angesiedelt. Dort wird die Umweltverwaltung gestärkt, und das ist auch richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ansonsten – ich habe es bereits in der Einführung gesagt – schaffen wir da Stellen – inklusive der Umweltverwaltung –, wo wir einen Mehrwert schaffen, nämlich bei den Schulen, bei der Polizei, bei der Justiz, um nur einige zu nennen.

Wir reduzieren aber auch Stellen, und zwar da, wo sie nicht mehr notwendig sind. Ich nenne zwei Beispiele. Das eine ist der Flüchtlingsbereich, und das andere ist der Bereich des Notariatswesens.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wenn Sie sich jetzt einmal die Mühe machen, den Stellenplan von 2017

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele waren das?)

mit dem für 2019 zu vergleichen, dann werden Sie sehen, dass im Stellenplan für 2019 rund 730 Stellen weniger enthalten sind als 2017.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Bitte die Anwärter mitrechnen!)

Von einer Aufblähung des Personalkörpers kann also überhaupt keine Rede sein, meine Damen und Herren. Nein, es sind über 700 Stellen weniger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sie müssen die Anwärter mitrechnen!)

Das war viel Polemik ohne Substanz.

(Abg. Anton Baron AfD: Schöngerechnet!)

Die Einsparungen in den Plänen der FDP/DVP liegen im Promillebereich. Ich würde sagen: Ihr Finanzkonzept lässt sich mit einem Soufflé vergleichen: Auf den ersten Blick ist es nett anzuschauen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es schmeckt auch gut!)

aber wenn man hineinsticht, fällt es sofort in sich zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die AfD hat tatsächlich ein halbwegs schlüssiges Finanzkonzept vorgelegt

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

– Moment, freuen Sie sich nicht zu früh –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

und auch konkrete Einsparvorschläge in nennenswerter Höhe gemacht. Wenn man sich Ihre Änderungsanträge aber inhaltlich anschaut, dann stellt man fest, dass sich die meisten Kürzungen nur auf einen Bereich beziehen, nämlich auf Flüchtlinge, auf alles, was irgendwie international ist,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Auf den wichtigsten Bereich! – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Gender auch! – Weitere Zurufe)

und auf alles, was mit Integration zu tun hat. Da wollen Sie 1 Milliarde € streichen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo gibt es denn so einen Spielraum? – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist falsch. Das ist gefährlich. Das ist rücksichtslos, und das spaltet unsere Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Überflüssig! – Weitere Zurufe)

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Baden-Württemberg ist weltweit vernetzt. Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land. Baden-Württemberg ist wirtschafts- und exportorientiert.

(Zurufe von der AfD)

– Sie müssen sich nicht so aufregen. Hören Sie einfach ganz in Ruhe zu.

Wir sind deshalb so stark, weil wir international sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht Sie! Die Firmen! – Weitere Zurufe)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Hätten wir in den vergangenen Jahrzehnten nur nationalistisch agiert, ginge es den Menschen und den Unternehmen hier im Land deutlich schlechter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Emil Sänze AfD: Das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun! Nicht einmal ansatzweise!)

Ihre Politik bringt die Bürgerschaft nicht voran. Ihre Politik wirft die Menschen hier zurück,

(Abg. Emil Sänze AfD: Ihr zerstört Arbeitsplätze! –
Abg. Bernd Gögel AfD: Sie verstehen gar nichts von Wirtschaftspolitik! Gar nichts! – Weitere Zurufe)

und sie gefährdet den Wohlstand von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellen Sie sich nur einen Augenblick vor, wir hätten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht Millionen Vertriebene aufgenommen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das waren nicht Flüchtlinge! Das ist eine Unverschämtheit, wie Sie das Wort missbrauchen! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das waren Deutsche! Gleiche Sprache, gleiche Ausbildung! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, fahren Sie fort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Stellen Sie sich einen Augenblick vor, viele – sogenannte – Gastarbeiter in den Sechziger- und Siebzigerjahren

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE zur AfD:
Ist das heute Ihr Leistungsnachweis? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

oder viele Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien in den Neunzigern wären nicht gekommen: Dann wäre mancher Daimler nie gebaut, manche IT-Firma nie gegründet, manches Restaurant nie eröffnet worden und mancher Handwerker mangels Nachwuchs Pleite gegangen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Heiner Merz: Die, die jetzt kommen, bekommen zu 70 % Hartz IV, auf Dauer!)

Sie setzen auf Abschottung, auf Abgrenzung, auf das Schüren von Ressentiments.

(Zuruf zur AfD: Das ist doch ein dummes Geschwätz!
– Gegenruf: Ihres vielleicht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Ahnung! – Glocke des Präsidenten)

Wir setzen auf ein weltoffenes Baden-Württemberg, meine Damen und Herren. Deshalb ist es nur gut und richtig, dass Ihre Anträge im Finanzausschuss und auch hier im Plenum entschieden abgelehnt worden sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Integrationsmanager! Genau!)

Zum Thema Schuldentilgung: 2017 haben wir 400 Millionen € implizite Schulden getilgt, 2018 und 2019 tilgen wir weitere 3,8 Milliarden € implizite und erstmals auch explizite Schulden – explizite Schulden: Kreditmarktschulden; implizite Schulden: insbesondere Abbau des Sanierungsstaus bei landeseigenen Gebäuden und Straßen. Es ist also insgesamt ein Schuldenabbau in Höhe von 4,2 Milliarden € in nur drei Jahren. Meine Damen und Herren, das gab es in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg noch nie. Das ist eine historische Trendwende, und es ist ein Meilenstein für nachhaltige Finanzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Und keine Leistung dieser Regierung!)

Wir bauen kräftig Kreditmarktschulden und implizite Schulden ab, wir vergrößern die Spielräume für kommende Generationen, und wir machen den Haushalt wetterfest. Die Opposition hat kein tragfähiges alternatives Konzept, kein tragfähiges Gegenkonzept vorgelegt, nein. Mal hieß es, wir würden Kreditmarktschulden nur in homöopathischer Dosis tilgen, dann wurde kritisiert, dass wir implizite Schulden tilgen. Beide Vorwürfe sind Unsinn, und beides weise ich hier entschieden zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lassen Sie mich – weil Sie die Vorwürfe wiederholt vorgebracht haben – noch einmal ein paar Fakten nennen: Um die Schuldenbremse des Grundgesetzes auf Landesebene einzuhalten, wurde im Jahr 2012, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in der Landeshaushaltsordnung eine stufenweise Rückführung der Neuverschuldung verankert. Ziel war: 2020 keine neuen Schulden. Dieses Ziel haben wir aber schon 2015, 2016 und 2017 erreicht und werden es auch 2018 und 2019 erreichen, also viel früher als gesetzlich vorgeschrieben. Das ist doch ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch mein Vorgänger Nils Schmid hat an diesem Erfolg seinen Anteil, ebenso wie – ich habe es auch eingangs schon gesagt – Günther Oettinger, der während seiner Amtszeit als Ministerpräsident einen klaren Konsolidierungskurs begonnen hat.

Die gute Entwicklung der Steuereinnahmen hat jetzt dazu geführt, dass sich das Recht auf neue Schulden in eine Verpflichtung zur Tilgung umgekehrt hat. Das ist positiv. Wir nehmen das ernst, wir setzen das um, und zwar vollständig.

Im letzten Jahr haben wir die Verordnung zur Landeshaushaltsordnung geändert. Das ist richtig. Der Landtag hat dies übrigens mehrheitlich im Staatshaushaltsgesetz 2017 so beschlossen.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

In der Verordnung zu § 18 LHO ist klar geregelt, was unter implizite Verschuldung fällt. Da Sie alle immer so tun, als wäre das nicht geregelt, lese ich Ihnen das jetzt einmal vor:

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sie wissen aber auch, was der Landesrechnungshof dazu gesagt hat!
– Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gut zuhören!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Unter Schulden sind sowohl die Schulden am Kreditmarkt als auch die implizite Verschuldung zu verstehen. Als implizite Verschuldung ist der verdeckte Teil der öffentlichen Verschuldung anzusehen. Die implizite Verschuldung kann insbesondere abgebaut werden durch Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

beziehungsweise Ersatzinvestitionen oder durch die Tilgung von Eventualverbindlichkeiten, zum Beispiel aus übernommenen Bürgschaften oder sonstigen Gewährleistungen. Dem entspricht die Zuführung von Mitteln an Rücklagen, soweit sie diesem Zweck dienen. Unter Ersatzinvestitionen sind solche Investitionen zu verstehen, die dem Ersatz abgenutzter oder funktionsuntüchtiger Vermögensgegenstände dienen.

Meine Damen und Herren, das ist doch eine ganz klare Definition. Wo ist eigentlich Ihr Problem?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Aden?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Aden, bitte.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Frau Ministerin, Sie wissen aber selbst: In der letzten Sitzung des Finanzausschusses, in der wir den Staatshaushaltsplan beraten haben, hat ein Vertreter des Landesrechnungshofs groß und breit erklärt, was implizite Verschuldung ist. Dann habe ich nachgefragt: Werden die Kriterien, die der Landesrechnungshof zum Prinzip der impliziten Verschuldung aufgestellt hat, von der Regierung eingehalten? Geben Sie mir zu – das ist jetzt meine Frage –, dass die Antwort ein ganz klares Nein war?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Ich glaube, da waren Sie in einer anderen Sitzung als ich.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das glaube ich allerdings nicht!)

In der Stellungnahme des Rechnungshofs vom 21. November 2016 ging es um die Frage der impliziten Verschuldung. Ich lese Ihnen einmal vor, was der Rechnungshof schreibt:

Der bestehende Sanierungsstau kann nach Auffassung des Rechnungshofs als implizite Verschuldung angesehen werden. Der Rechnungshof erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn während der Übergangszeit die implizite Verschuldung reduziert und auf die Tilgung von Kreditmarktschulden verzichtet wird.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Der Rechnungshof findet es in dieser Niedrigzinsphase also explizit wirtschaftlicher, den Sanierungsstau abzubauen, als nur Kreditmarktschulden zu tilgen. Genau dies, Herr Kollege

Dr. Aden, hat Herr Dr. Walch in der Sitzung des Finanzausschusses auch so gesagt. Es gibt lediglich einen Punkt,

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Aha!)

bei dem der Rechnungshof uns kritisiert. Das ist die Unterstützung der Kommunen durch den kommunalen Sanierungsfonds. Der Rechnungshof ist für die Tilgung von Kreditmarktschulden, er ist für die Zuführung von 120 Millionen € an den Versorgungsfonds, die wir vornehmen. Der Rechnungshof unterstützt uns, wenn wir den monatlichen Versorgungsbeitrag bei Personalwechsel auf 750 € und bei zusätzlichen Stellen auf 1 000 € ab 2020 erhöhen. Der Rechnungshof stimmt dem Abbau des Sanierungsstaus zu, und der Rechnungshof hat auch keine Einwände gegen den Abbau von Eventualverbindlichkeiten wie z. B. den Zuschuss zur NECKARPRI. Das ist das, was der Rechnungshof ausgeführt hat. Das, was Sie hier behaupten, Herr Dr. Aden, ist einfach nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Also, meine Damen und Herren, wir halten die Priorität für öffentliche Investitionen in dieser Situation der Niedrigzinsphase für absolut richtig. Das sehen nicht nur wir so, auch viele Experten sehen das so. Sie kennen alle die Fratzscher-Kommission, Sie kennen die Bertelsmann Stiftung. Die sind alle zu dem Ergebnis gekommen, dass genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um das landeseigene Vermögen – Straßen und Gebäude – zu sanieren.

Insgesamt werden wir mit diesem Doppelhaushalt 1,65 Milliarden € zusätzliches Geld für Sanierungen haben – 400 Millionen € davon für die Universitätsklinik. Das, meine Damen und Herren, ist eine einmalige Chance, um die landeseigenen Straßen und Gebäude auf Vordermann zu bringen.

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, wenn wir dann vor Ort sind, die Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen sind und wir vielleicht das sanierte Gebäude einweihen, müssen wir leider immer konstatieren, dass Sie nicht für diese Sanierung waren, weil Sie nur für die Tilgung von Kreditmarktschulden und nicht für die Sanierung unserer Gebäude waren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das gilt dann bei der Hochschule Weingarten, beim Bildungszentrum Schwäbisch Gmünd, bei der Universität Freiburg, der Universität Stuttgart, der JVA Mannheim, der JVA Rottenburg oder dem Landwirtschaftlichen Zentrum in Wangen. All diesen Sanierungen haben Sie dann nicht zugestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Also überlegen Sie sich noch einmal gut, ob Sie wirklich bei Ihrer Linie bleiben wollen. Denn es geht hier ja nicht nur um Stein. Da geht es um Menschen, da geht es um die Beschäftigungsbedingungen, um Studienbedingungen. Da geht es bei den Universitätsklinik auch darum, ob die Patientinnen und Patienten in einer angenehmen und gesundheitsfördernden Umgebung behandelt werden können. All das ist der FDP/DVP leider nicht wichtig – uns schon.

(Beifall bei den Grünen)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Meine Damen und Herren, gestern habe ich ein Gespräch mit dem Bund der Steuerzahler gehabt. Der Bund der Steuerzahler ist mit der Finanzpolitik dieser Landesregierung

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und der sie tragenden Fraktionen zufrieden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Besonders bei den Stellenschaffungen! – Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! Das besorgt mich jetzt schon!)

– Ja, er lobt dies auch ausdrücklich.

Ich möchte jetzt noch einmal auf einen Aspekt zurückkommen – das können Sie heute auch in der „Pforzheimer Zeitung“ nachlesen –, nämlich dass wir die Kreditermächtigungen zurückfahren. Da gab es ja auch Kritik im Laufe der Debatte. Der Bund der Steuerzahler sagt:

Tatsächlich werden 500 Millionen € getilgt. Deswegen begrüßen wir es, dass nach den Worten der Finanzministerin Kreditermächtigungen in Höhe von 1,5 Milliarden € Ende 2019 auslaufen müssen, dass diese Schulden nicht aufgenommen, sondern über Haushaltsmittel ausgeglichen werden sollen. Das kommt dann fast einer Tilgung von annähernd 2 Milliarden € gleich.

So ist es, meine Damen und Herren. Da hat der Bund der Steuerzahler recht, und wir freuen uns, dass wir da Unterstützung bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, im parlamentarischen Verfahren haben

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Regierungsfractionen die Ergebnisse der November-Steuerschätzung eingearbeitet, und sie haben den guten Haushaltsentwurf der Landesregierung weiter veredelt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Noch besser gemacht!)

Der Löwenanteil der zusätzlichen Mittel fließt in Tilgungs- und Sanierungsmaßnahmen. Das ist gut, das ist nachhaltig. Darüber hinaus wurden weitere inhaltliche Akzente gesetzt, z. B. 10 Millionen € für die Luftreinhaltung,

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

36 Millionen € für den Erhalt der Artenvielfalt. Das ist kein „Nice to have“, wie die FDP/DVP meint. Das ist existenziell; denn keine Bienen – keine Bestäubung – keine Nahrung.

(Zurufe der Abg. Dr. Gerhard Aden und Andreas Glück FDP/DVP)

So einfach ist es, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen)

Wir unterstützen die Bauern und die Winzer in unserem Land und arbeiten beharrlich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb werden wir auch 50 Millionen € als Entschädigung für die Frostschäden im April dieses Jahres einstellen. Wir lassen die Bäuerinnen und Bauern nicht im Regen stehen. Wir unterstützen sie gerade dann, wenn es schwierig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir lassen es regnen!)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt 2018/2019 setzt Maßstäbe. Dieser Haushalt hat die Zukunft im Blick. Dieser Haushalt bringt unser Land voran. Wer all das will, sollte heute die Chance nutzen und diesem Haushalt zustimmen.

Ich danke allen Mitgliedern des Finanzausschusses, allen voran dem Vorsitzenden Rainer Stickelberger, und den Vorsitzenden der Arbeitskreise für die guten Beratungen im Ausschuss. Ich danke den Regierungsfractionen für ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit, ebenso wie meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett. Zusammen haben wir einen hervorragenden Regierungsentwurf auf den Weg gebracht.

Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Finanzministerium, hier insbesondere der Haushaltsabteilung mit Herrn Moser als Abteilungsleiter und allen, die ihn bei der Aufstellung des Haushalts unterstützt haben.

Das gilt natürlich auch für die Haushaltsabteilungen der anderen Ministerien. Fast 4 500 Seiten zu erarbeiten und 384 Änderungsanträge zu bearbeiten ist wirklich ein Haufen Geschäft. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich danke auch meiner Staatssekretärin für ihre engagierte und kompetente Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, heute ist ein guter Tag. Mit diesem Doppelhaushalt schreiben wir Geschichte. Erstmals übersteigt ein Doppelhaushalt das Volumen von 100 Milliarden €, weil sich die Einnahmen erfreulicherweise so positiv entwickeln. Wir statten unsere Kommunen, die Schulen, die Hochschulen, die Polizei, die Justiz, den Verkehr, den Umwelt- und den Klimaschutz, Integration, Wirtschaftsförderung, den sozialen Bereich, die Steuer- und Bauverwaltung, die Landwirtschaft und die Kultur

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und den Weltfrieden!)

finanziell gut aus, und wir starten die größte Offensive zur Sanierung der Straßen und Gebäude im Land. Meine Damen und Herren, das ist natürlich wirtschaftlich sinnvoll, das ist aber auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Amen!)

Wir schaffen erstmals zum fünften Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden. Erstmals in der Geschichte unseres Landes streichen wir Kreditermächtigungen

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

und tilgen Kreditmarktschulden.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Also, meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist solide, er ist nachhaltig, und er ist wetterfest. Mit diesem Haushalt können wir mit großer Zuversicht in die Zukunft gehen und unser Land weiter voranbringen. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU –
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Halleluja!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich in der zweiten Runde dem Kollegen Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch ein paar kleine Anmerkungen zu dem Gesagten.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie viele Minuten Redezeit hat er noch?)

Frau Sitzmann, Sie haben uns wieder einmal attackiert und erklärt, unsere Änderungsanträge wären nicht sauber gegenfinanziert. Ich muss das zurückweisen. Wir haben sauber nachgerechnet. Ich bitte Sie, das auch zu tun und Kritik anhand konkreter Zahlen und nicht so pauschal vorzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Dazu möchte ich doch einmal kritisch anmerken, dass es nicht angehen kann, dass, während die Abgeordneten aus Heilbronn am Donnerstagabend der vergangenen Woche hier im Parlament, hier im Plenarsaal, saßen, Innenminister Strobl großzügig die auch von uns befürworteten Fördergelder für die Bundesgartenschau in Heilbronn presseöffentlich bekannt gab.

(Der Redner hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Ich denke, das ist kein fairer Stil in der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Inhaltlich ist mir aber noch wichtig, mit der Mär aufzuräumen, die Kollege Wald vorhin hier im Plenum vertreten hat, indem er nämlich die kühne Behauptung aufgestellt hat, Grün-Rot hätte den Abbau von Lehrerstellen hier im Land eingeleitet.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Dazu zwei, drei Punkte:

Erstens: Als ich im Jahr 2011 ins Parlament kam, war eine der ersten Aktivitäten der Vierte Nachtrag 2011, mit dem wir 711 Stellen gerettet haben, die Sie abbauen wollten, die im Abbaupfad der schwarz-gelben Vorgängerregierung vorgesehen waren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, weil kein Geld da war!)

Schon da ist also Ihre Aussage falsch.

Sie haben wie ich – auch ich war damals ein Stück weit erschrocken – wahrscheinlich noch in Erinnerung, als Minister-

präsident Kretschmann formuliert hat, bis zum Jahr 2020 sollten 11 600 Lehrerstellen abgebaut werden. Das fußte auf dem Abbauziel von 15 000 Stellen, das der Landesrechnungshof vorgegeben hatte, und auf dem Abbaupfad der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die bis 2016 diese Zahlen hatte.

Da kann man unterschiedlicher Meinung sein.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Vielleicht ist auch Herr Kretschmann nun anderer Meinung als damals. Aber dass Sie das dann dem roten Kultusminister in die Schuhe schieben wollten,

(Abg. Tobias Wald CDU: Und dem Finanzminister!)

das finde ich doch relativ krass.

(Abg. Tobias Wald CDU: Auch der Finanzminister!
Beide von Ihrer Partei!)

Ich glaube, Ihnen ist in der letzten Legislaturperiode auch aufgegangen, dass es sicherlich – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Betreiben Sie jetzt Vergangenheitsbewältigung? – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Nur Klarstellung!)

– Ich betreibe keine Vergangenheitsbewältigung, sondern gehe auf die Vorwürfe des Kollegen Wald ein und möchte dies klarstellen in Richtung Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Richtig ist, dass die SPD-Fraktion für eine Trendwende gesorgt hat.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Aber dafür braucht man Mut!)

Mit unserem Kultusminister Andreas Stoch haben wir im Jahr 2015 die Trendwende geschafft: Es wurden keine Lehrerstellen abgebaut, während Sie in diesem Jahr – Kollege Dr. Fulst-Blei hat es Ihnen vorgerechnet – 461 Stellen abbauen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter wichtiger Punkt: das Thema Kommunen. Frau Walker hat den Kommunalen Investitionsfonds angeführt; Herr Wald hat gesagt: „Wir lassen die Kommunen nicht im Stich.“ Frau Sitzmann hat zu meiner Überraschung überhaupt nicht davon gesprochen, dass noch keine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden erzielt wurde. Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass bei dieser Haushaltslage, bei dieser Einnahmelage noch keine Einigung erreicht wurde.

Wenn Sie davon reden, kommunalfreundlich zu sein, dann möchte ich Ihnen vorhalten: Sie haben den Kommunen letztes Jahr 250 Millionen € im kommunalen Vorwegabzug weggenommen, während die Vorgängerregierung den Kommunen stückchenweise, Scheibe für Scheibe mehr Geld gegeben hat. Sie reduzieren den Handlungsspielraum der Kommunen,

(Abg. Tobias Wald CDU: Wenn wir Ihrer LHO-Änderung zugestimmt hätten, wäre es weniger Geld!)

indem Sie das Geld, das die Kommunen eigenverantwortlich ausgeben können, reduzieren und indem Sie den Kommunaa-

(Gernot Gruber)

len Investitionsfonds auf Kosten der kommunalen Investitionspauschale reduzieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir haben beides erreicht, Herr Kollege!)

In diesem Sinn möchte ich Sie auffordern, die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden zu einem positiven Ende zu bringen und zu dem kommunalfreundlichen Kurs der Vorgängerregierung zurückzukehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Er weiß gar nichts davon!)

– Herr Ministerpräsident, mir wurde signalisiert, Sie wollten reden.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

(Heiterkeit und Beifall – Zuruf: Bravo! – Weitere Zurufe)

Ich darf Ihnen sagen: Darüber ist heute aber auch niemand traurig.

(Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD: Das Wort „heute“ ist gerade noch eingefügt! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schade, schade, schade! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen somit keine weiteren Wortmeldungen vor. – Herr Abg. Dr. Gedeon. Dann haben Sie das Wort.

(Oh-Rufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Punkte zum Haushalt: Die Regierungsparteien sind in der Tat, wie es Herr Aden und vor allem auch Herr Podeswa gesagt haben, „Schönwetterkapitane“. Bei diesem Steuersegen kann selbst ein Grundschüler einen aktuellen Haushalt erstellen.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Aber was die Nachhaltigkeit angeht, meine Damen und Herren, so gibt es diese nicht. Keine Vorsorge für die sieben mageren Jahre, mit denen wir rechnen müssen!

Zweitens: die Sache mit den Flüchtlingen. Frau Sitzmann, 1945 waren die Leute vertrieben! Sie sind nicht einfach geflohen, sie durften dort nicht mehr bleiben und sind in eine Trümmerlandschaft gekommen und haben diese aufgebaut.

(Abg. Anton Baron AfD: So sieht es aus!)

Heute ist es so, dass nichteuropäische Flüchtlinge – kulturfremd – in unserem Land in einen Sozialstaat kommen, der dadurch völlig überfordert wird.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Quatsch!)

Das heißt: Wie damals die Flüchtlingsbewegung der Anfang für den Wiederaufbau Deutschlands war, so ist diese Flüchtlingsinvasion der Anfang vom Niedergang Deutschlands.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Um Gottes willen! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, woran liegt das? Das liegt an Ihrer verbohrtten Einstellung – ich spreche von den Rot-Grünen – gegenüber der Opposition und insbesondere gegenüber der AfD.

(Vereinzelte Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Dieses AfD-Bashing bringt Sie und bringt niemanden weiter. Wir wissen doch aus der Psychologie, meine Damen und Herren: Wenn man sich über etwas so schrecklich aufregt, dann hat man damit ein inneres Problem.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bei Ihnen sieht man das gleich! – Heiterkeit)

Das heißt, Sie haben ein inneres Problem mit der AfD, mit dem Sie sich endlich einmal auseinandersetzen müssen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie messen sich viel zu viel Bedeutung bei! – Weitere Zurufe)

Ich lade Sie herzlich dazu ein: Weihnachten ist die Zeit, in der man nach innen schaut.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie an Weihnachten einmal nach innen, schauen Sie in sich hinein, beschäftigen Sie sich mit der AfD in sich.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dann werden Sie feststellen: Die AfD ist das schlechte Gewissen, das Sie in sich drin haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe)

Das besänftigen Sie nicht dadurch, dass Sie ständig auf die AfD einhauen, sondern dadurch, dass Sie sich mit den Vorschlägen der AfD endlich einmal konkret beschäftigen.

(Vereinzelte Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Selten so gelacht, Herr Kollege!)

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und hoffe, dass Sie gedanklich erneuert ins neue Jahr kommen. Dann wird auch die Zusammenarbeit fruchtbarer sein, wenn Sie sich konkret mit der AfD auseinandersetzen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, jetzt liegen in der Tat in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse der Zweiten Beratung, Drucksachen 16/3318 und 16/3319. Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2018/19

Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Drucksache 16/3318. Die hierzu eingebrachten Änderungsanträge werde ich beim Einzelplan 03 – Innenministerium – und beim Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – aufrufen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich, wie es in früheren Jahren schon praktiziert wurde, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe und zur Abstimmung stelle. –

(Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl!)

Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 01 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/3330-1, vor, der sich auf Titel 633 73 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – bezieht und zusätzliche Mittel in Ergänzung der Sonderförderung im Dritten Nachtragshaushalt 2016 für einen Wiederaufbau der Gemeinde Braunsbach bereitstellen will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wer stimmt Einzelplan 03 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – ist damit mit der soeben beschlossenen Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Wer Einzelplan 05 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen

Wer Einzelplan 06 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Wer Einzelplan 07 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer Einzelplan 08 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

Wer stimmt Einzelplan 09 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer Einzelplan 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/3330-2, zum Titel 359 01 auf, der die Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken betrifft und die Gegenfinanzierung für die Mittel des unter Einzelplan 03 beschlossenen Änderungsantrags zum Wiederaufbau der Gemeinde Braunsbach darstellt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist damit einstimmig zugestimmt.

Wer Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist damit mit der soeben beschlossenen Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die soeben beschlossenen Änderungsanträge haben Auswirkungen auf § 1 des Staatshaushaltsgesetzes – Feststellung des Staatshaushaltsplans. Ihnen wird deshalb jetzt gleich als Tischvorlage eine Abstimmungsgrundlage mit den aktualisierten Haushaltsübersichten des Staatshaushaltsgesetzes ausgeteilt. Um eine Sitzungsunterbrechung zu vermeiden, wird der Botendienst bei dieser Verteilung durch Mitarbeiter des Plenar- und Ausschussdienstes unterstützt.

Ich fahre deshalb fort und rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

Wer Einzelplan 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer stimmt Einzelplan 14 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 16

Verfassungsgerichtshof

Wer Einzelplan 16 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – ist damit einstimmig zugestimmt.

Bevor wir in der Dritten Beratung zur Abstimmung über das Staatshaushaltsgesetz kommen, gebe ich Ihnen noch einen Hinweis. Nachdem die Tischvorlage gleich allen Abgeordneten vorliegen wird, kommen wir in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2018/19

Abstimmungsgrundlage ist die Drucksache 16/3319. – Wurde inzwischen alles verteilt?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Fast!)

– Dann warten wir kurz noch einen Moment.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir müssen die Zahlen noch prüfen! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Dann beginnen Sie schon einmal, Herr Kollege. – Ist jetzt alles komplett verteilt? – Gut. Dann rufe ich auf

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Hier verweise ich auf die Tischvorlage mit den Beschlüssen der Dritten Beratung zum Haushaltsplan. Wer § 1 entsprechend den Beschlüssen der Dritten Beratung zum Staatshaushaltsplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Stelleneinsparverpflichtungen

Wer stimmt § 2 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

§ 4

Kreditaufnahme

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, dass ich die §§ 5 bis 14 gemeinsam zur Abstimmung stelle. –

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

§ 5 bis § 14

Wer stimmt den §§ 5 bis 14 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den §§ 5 bis 14 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Dezember 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen damit zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde damit mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Haushaltsplanberatungen, die nicht nur für den Finanzausschuss, sondern für alle Abgeordneten und auch für die Regierung einen Sitzungsmarathon dargestellt haben. Ich bedanke mich deshalb bei allen, die zum reibungslosen Ablauf der Haushaltsplanberatungen beigetragen haben. Dies gilt auch für die im Hintergrund wirkenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl der Landtagsverwaltung und der Fraktionen als auch der Regierung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesgebührengesetzes – Drucksache 16/2973

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Ersten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten. Die Fraktion der FDP/DVP verzichtet ebenfalls auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage deshalb vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2973 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes – Drucksache 16/2995

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch hier festgelegt, in der Ersten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten. Die Landesregierung verzichtet ebenfalls auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage Ihnen deshalb vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2995 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu überweisen. –

(Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr.

Ich wünsche Ihnen allen frohe, erholsame, gesegnete Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das Jahr 2018. Ich freue mich, wenn wir uns alle gesund spätestens zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, 24. Januar 2018, 9:00 Uhr, treffen.

Herzlichen Dank. Ich schließe hiermit die Sitzung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Schluss: 12:32 Uhr